

Broschüre zur
Ausstellung



KÄMPFENDE HÜTTEN

URBANE PROTESTE IN BERLIN
VON 1872 BIS HEUTE

Ein Ausstellungskollektiv von politischen AktivistInnen hat die Erfahrungen städtischer Kämpfe in Vergangenheit und Gegenwart für diese Ausstellung aufbereitet, zahlreiche Dokumente gesichtet und einige ausgewählt. Texte, die Theorie und Praxis zusammenfassen, sind auf hier vereint. Die Überschriften geben einen Überblick über die Themen der Ausstellung und deren Anliegen.

Durch die aktuelle Situation in Berlin ist vielen MieterInnen deutlich geworden, dass sie keine Einzelfälle sind. Sie finden keine preiswerte Wohnung mehr innerhalb des S-Bahn-Ringes, auch wenn sie nie gedacht hätten, dass ihnen das mal passieren könnte. Was seit dem Mauerfall noch als eine Ausnahmesituation erschien, wird nun zur alltäglichen Gewissheit: Die kapitalistische Stadt bedeutet Verdrängung, dort ist kein Platz für die von der Gesellschaft „Aussortierten“. „Aber der Kapitalismus schafft auch in Permanenz die Bedingungen seiner eigenen Überwindung“ (K.M.)

Darum knüpfen wir mit dieser Ausstellung an die Traditionen des Widerstandes an. Ob Blumenstraßenkrawalle 1872 oder Mietstreiks 1932/33, die Hausbesetzerwelle 70/80 in Berlin/West oder die „stillen Besetzungen“ in den 80er in Berlin/Ost aber auch die historische Chance in Ostberlin nach der Wende – all das sind Erfahrungen, von denen wir heute lernen können. Und wer weiß schon, dass Ulrike Meinhof auch im Märkischen Viertel für eine andere Gesellschaft kämpfte oder in Ostberlin ganze Listen leerer Häuser und Wohnungen kursierten, die kurzerhand besetzt wurden. Die Vielfalt an Aktionsformen und die gesellschaftspolitischen Hintergründe, die in den MieterInnenkämpfen der Gegenwart liegen, „...all das und noch viel mehr, würd ich machen, wenn ich König von Kreuzberg wär.“ (R.R.)

Die Ausstellung vereint praktische Erfahrungen von der MieterInneninformation bis zur Hausbesetzung, von rechtlicher Kompetenz bis zur gelebten Utopie. Sie wurde als Wanderausstellung erstellt und ist in einem einheitlichen Ausstellungsdesign gestaltet. Die Themen sind auch einzeln rezipierbar.

Wir würden uns freuen, wenn die Ausstellung den Weg in die gegenwärtige und zukünftige soziale Bewegung findet – mit der Leichtigkeit des Moments, Erfahrungen sinnlich aufzunehmen und gemeinsam den nächsten Schritt zu gehen oder wie ein Stadtforscher Anfang der 70er über städtische Bewegungen sagte, „mit einem Schrei voll Leben und Kampf, der die technokratischen Mythen von der Rationalität der Städte übertönt, mit einem Schrei, der daran erinnert, dass auch die Macht über die Stadt von der Straße kommt.“ (M.C.)

Das Ausstellungskollektiv, Berlin 2016

- 5 ANFÄNGE DER BERLINER MIETER_INNENBEWEGUNG 1872-1933**
Die Entstehung der Berliner Mieter_innenbewegung / Vom Krawall zur Mieterbewegung: Ziehtage und Zwangsräumungen / Mietervereine: Zwischen Rechtsberatung und Politisierung / Berliner Arbeiterviertel in der Großen Depression 1929-1933 / „Erst das Essen, dann die Miete!“ – Die Mietstreikkampagne
- 11 MIETER_INNENKÄMPFE IM MÄRKISCHEN VIERTEL 1969-1974**
Wir wollen Blumen und Märchen bauen / Antiautoritär, reformerisch, klassenkämpferisch sozialistisch / Praxis, das verstehen die Leute / Letzte Szene eines Straßentheaterstückes
- 17 MIGRANTISCHE HAUSBESETZUNGEN UND URBANE KÄMPFE DER MIGRATION IN WEST-BERLIN**
Migrantinnen die den urbanen Raum bewegen und transformieren / Migrantische Hausbesetzung: Forster Str. 16/17 / Migrantinnen mit Kindern besetzen die Kottbusser Str. 8 / Mieterselbsthilfe am Beispiel der Oranienstraße 14a / Kurzzeitige Hausgemeinschaften: Oppelner 27 und Lausitzer 22 / Urbane Kämpfe der Migration und städtische Migrationspolitik
- 23 HAUSBESETZUNGEN IN OST-BERLIN 80ER/90ER**
H Vom Mauersprung zum Mauerfall / Von den stillen Wohnungsbesetzungen zur ersten WBA / Der kurze Sommer der Anarchie – Ost-Berlin 1990 / M@inz bleibt meins – die Mainzer Straße/Friedrichshain / Wer, wenn nicht wir? Selbstorganisierte Strukturen schaffen / Der andere Ost-Westkonflikt / „Da sieht man ja, wie das jetzt hier aussieht“
- 31 MIETER_INNENKÄMPFE DER GEGENWART IN BERLIN**
M Viele machen viel / David gegen Goliath / Das ist unser Haus, ihr kriegt uns hier nicht raus! Freiräume statt Investorenträume / You can't evict a movement! / Ob Nuriye oder Kalle – wir bleiben alle! / Auf die Straße / Ab nach draußen / Allein machen sie dich ein / Raus aus der Szene Wir stören gerne / Nicht erwischen lassen
- 47 DIE AUSSTELLUNG**
D Unterstützung & Dank / Ausleihmöglichkeiten / Kontakt

ANFÄNGE DER BERLINER MIETER*INNENBEWEGUNG 1872–1933

Die Entstehung der Berliner Mieter*innenbewegung

In diesem Raum werden die Anfänge der Berliner Mieter*innenbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis zu ihrer Zerschlagung durch die Nationalsozialisten 1933 dargestellt.

Durch die im 19. Jahrhundert an Fahrt aufnehmende Industrielle Revolution bildeten sich rund um das Berliner Zentrum von Moabit über Stralau, dem heutigen Kreuzberg bis nach Tempelhof Arbeitersiedlungen. Durch die Umwandlung von Acker- zu Bauland blühte die Grundstücksspekulation durch Bodenverwertungsgesellschaften. Die ebenfalls neu entstehenden Baugesellschaften erwirtschafteten horrende Profite mit dem Bau von Mietskasernen, die auf möglichst geringer Fläche möglichst viele Menschen unterbrachten. Die typische Bauweise dieser Viertel lässt sich auf den Mangel an staatlicher Regulation zurückführen: Die preußische Bauordnung von 1853 sah keine Vorschriften für den Zugang zu Licht, Luft oder Hygiene vor. Innenhöfe mussten lediglich groß genug für das Wenden einer Feuerspritze sein. Die Baugesellschaften sollten sich an den Erschließungskosten der nach James Hobrechts Plan von 1862 gezogenen Straßen über die Besteuerung nach Länge der Straßenfront ihrer Gebäude beteiligen. Dies hatte zur Folge, dass viele schmale Vorderhäuser mit auswuchernden Hinter-, Seiten- und Querflügeln entstanden.

Durch Berlins Hauptstadtwerdung 1871 strömten nicht nur zusätzlich zahlreiche neue Bewohner*innen in die Stadt, sondern auch vermehrt Kapital, das in den entstandenen lukrativen Immobilienmarkt investieren wollte und so den Verwertungsdruck auf die Ware Wohnraum weiter steigerte. Das Ende des 19. Jahrhunderts war eine Hochzeit der Finanzialisierung, das heißt der Anlage von globalem Kapital in Vermögenswerte wie Immobilien – eine Situation durchaus vergleichbar mit der heutigen. All dies führte zu katastrophalen Wohnverhältnissen: Fensterlose Kellerwohnungen mit zwei Räumen für zehn Personen waren keine Seltenheit. Heinrich Zille veranlassten diese Zustände zu dem Ausspruch, man könne einen Menschen mit einer Wohnung ebenso erschlagen wie mit einer Axt.

Dagegen regte sich bald Widerstand: Krawalle nach Zwangsräumungen und erste Mietervereine sind nur einige der vielen Aktivitäten der sich bildenden Mieter*innenbewegung. Sie blieben nicht ohne Wirkung: Grundlegende Mieterrechte wurden 1900 in das erste Bürgerliche Gesetzbuch aufgenommen und bilden bis heute die Basis für viele rechtliche Forderungen. Diese neuen Gesetze wurden gerade in Zeiten von Wohnungsknappheit aber kaum angewandt und konnten deshalb den eigenständigen Kampf der Mieter*innen nicht ersticken. Die starke Stellung der Vermieter*innen war auch im politischen System der Zeit verankert: Seit der Preußischen Städteordnung von 1808 galt das Dreiklassenwahlrecht, das nur Hausbesitzern das passive Wahlrecht in den ersten beiden Klassen gab – eine Garantie der politischen Mehrheit für die Vermietersseite.

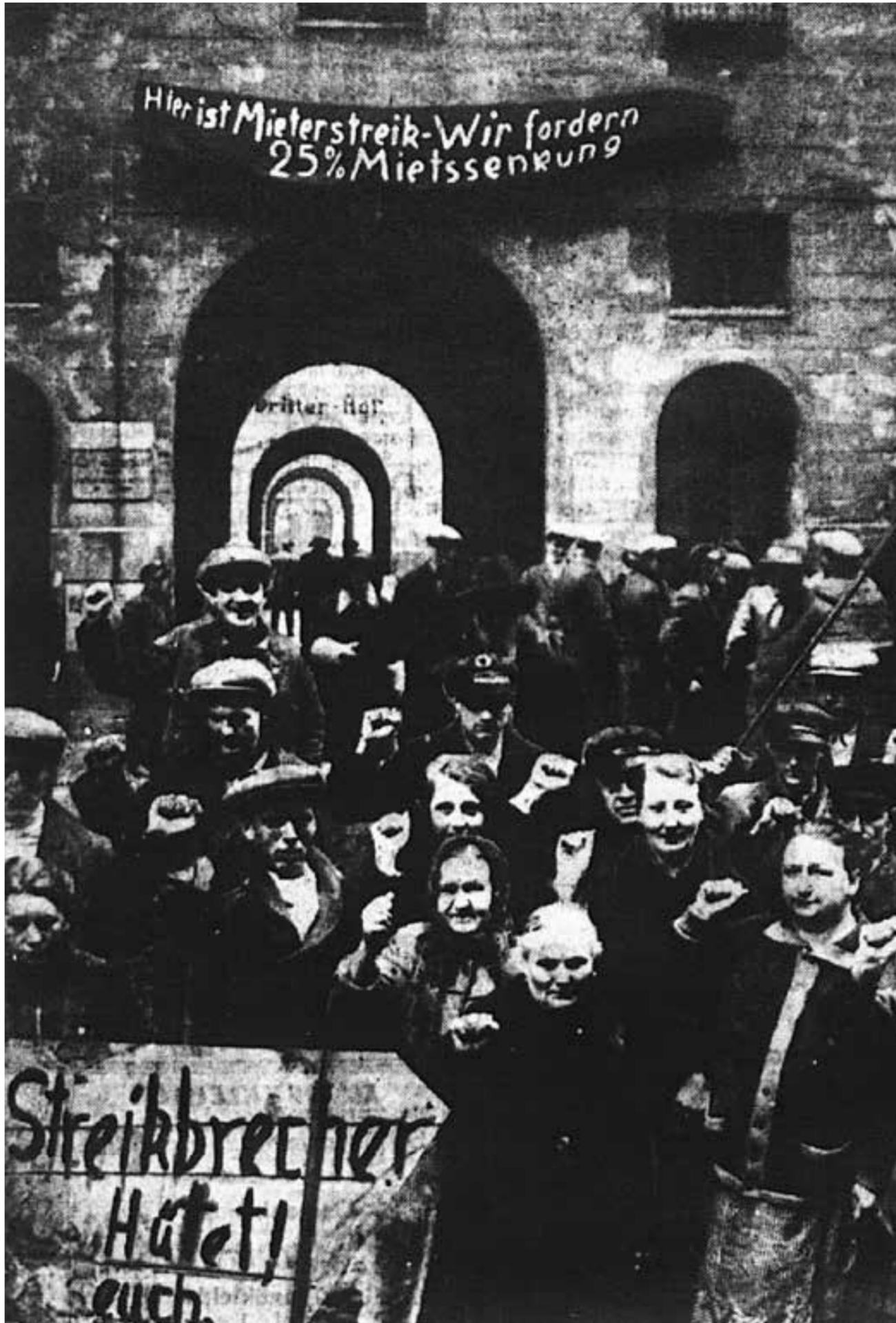
Abgeschafft wurde dieses diskriminierende Wahlsystem nach der Revolution von 1918: Durch Massenproteste wurden Kaiser Wilhelm II. und die übrigen Monarchen im Herbst

zur Abdankung gezwungen, der mörderische Erste Weltkrieg endete mit der Kapitulation Deutschlands. Nach zum Teil blutigen Kämpfen zwischen Sozialdemokraten, rechten Freikorps und Kommunisten, wurde die liberaldemokratische Verfassung der Weimarer Republik eingeführt. Darin spiegelte sich die gestärkte Position der Mieter*innen in Artikel 155, der als Reaktion auf die schlechten Wohnverhältnisse „jedem Deutschen eine gesunde Wohnung“ versprach. Der Berliner Wohnungsmarkt wurde nun für eine Zeit ‚zwangsbewirtschaftet‘: Die staatlichen Wohnungsämter verteilten Unterkünfte nach der Bedürftigkeit der Suchenden, private Hausbesitzer mussten sowohl die zugewiesenen Mieter*innen, als auch eine festgelegte Höchstmiete akzeptieren. Das erste Reichsmietengesetz von 1922 lockerte zwar die Einschränkungen der Mieterwahl, zementierte jedoch die Regulierung der Miethöhe. Durch die Einführung der Hauszinssteuer auf den Besitz ‚zwangsbewirtschaftet‘: Die staatlichen Wohnungsämter verteilten Unterkünfte nach der Bedürftigkeit der Suchenden, private Hausbesitzer mussten sowohl die zugewiesenen Mieter*innen, als auch eine festgelegte Höchstmiete akzeptieren. Das erste Reichsmietengesetz von 1922 lockerte zwar die Einschränkungen der Mieterwahl, zementierte jedoch die Regulierung der Miethöhe. Durch die Einführung der Hauszinssteuer auf den Besitz von Wohnimmobilien wurde der Bau von zahlreichen Wohnungen für die mittleren und unteren Einkommensschichten ermöglicht. Dem Wohnraum wurde etwas von seinem Warencharakter genommen, die Wohnraumversorgung als staatliche Aufgabe anerkannt. Die Integration der Wohnungsfrage in den neu aufgebauten Wohlfahrtsstaat ist der Erfolg der Mieter*innenmobilisierung seit dem 19. Jahrhundert. Erst sie haben das Thema auf die politische Agenda gesetzt und die staatlichen Institutionen unter Druck gesetzt. Durch welche Aktions- und Organisationsformen dies gelang, wird in diesem Raum dargestellt.

Vom Krawall zur Mieter*innenbewegung: Ziehtage und Zwangsräumungen

Die katastrophale Lage der Berliner Mieterschaft in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde an den sogenannten ‚Ziehtagen‘ besonders auffällig: Am 1. April und am 1. Oktober, den Kündigungsterminen der meist halbjährlichen Mietverträge, waren Berlins Straßen von zahlreichen obdachlosen Familien mit ihrem gesamten Hab und Gut bevölkert. Hauswirte ihrerseits nutzten ihre starke Position in der wachsenden Stadt und legten es gezielt auf Vertragsbrüche an, um auch während der Laufzeit der Mietverträge kündigen und zu höherer Miete wieder vermieten zu können. Diese Strategie traf nicht nur die ärmsten Arbeiter*innen, sondern auch Kleinbürger*innen. Im Zuge dieser „Exmittierungen“ – heute würde man wohl von

Abbildung: Unbekannt, Foto zum Artikel „Wir wollen im Meyerhof nicht verrecken“ (Die Rote Fahne, 08.01.1933). Eine Gruppe Streikender posiert auf einem der vielen Hinterhöfe für die Kamera. Auf einem Schild (links unten) machen sie deutlich, dass sie die Solidarität der übrigen einfordern. © gemeinfrei



Zwangsräumungen sprechen – kam es im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert immer wieder zu „Krawallen“ – spontanen Solidaritätsbekundungen der Nachbarschaft. Einen Höhepunkt dieser Exmittierungen markierte das Jahr 1872, unter anderem mit den bekannten Blumenstraßenkrawallen. Anfang des Jahres häuften sich die Zeitungsberichte über zahlreiche kleinere Exmittierungskrawalle, im Juli schlug sich die angespannte Stimmung schließlich in einer größeren Unruhe in der Friedrichshainer Blumenstraße und Umgebung Bahn. Der exmittierte Tischler, Herr Harstark, wurde nach eigenen Angaben seiner Wohnung nicht etwa verwiesen, weil er die Miete nicht bezahlt hätte, sondern weil der Vermieter die Wohnung zu einem höheren Preis weiter vermieten wollte. Im Zuge der Krawalle wurden die Fensterscheiben des Hauswirtes eingeschmissen, Barrikaden gebaut, Steine und Gegenstände auf die Polizei geworfen, die ab dem 26. Juli massiv eingriff. 4000-5000 Leute setzten sich gegen die berittene Polizei zur Wehr. Selbst das Militär war in Bereitschaft. Die Proteste weiteten sich aus: in der Weinstraße in Friedrichshain begehrt etwa 1000 Menschen gegen einen besonders unbeliebten Hauswirt auf, in der Kreuzberger Skalitzerstraße 12 kam es bei einer anderen Exmittierung zu Krawallen. Zahlreiche Beteiligte wurden verhaftet und einige der Aufrührer im folgenden Jahr verurteilt.

Auch in späterer Zeit rissen die Praxis der Exmittierung und damit auch der Widerstand gegen sie nicht ab. Thomas Lindenberg beschreibt in seinem Buch „Straßenpolitik“ die Situation für den Zeitraum von 1900-1914 so:

„Dieses Bild der akuten Gefährdung eines wenn auch dürftigen Lebensstandards boten die exmittierten Familien ihrer Nachbarschaft dar und lösten dadurch die [...] Unterstützungs-Handlungen aus: Zum einen Geldsammlungen, Hilfe bei der Suche nach einer Wohnung in der näheren Umgebung, Gesten der moralischen wie körperlichen Stärkung. Zum anderen galt es den Urheber dieser Notlage öffentlich zu ächten.“(S.140)

Die spontane Solidarisierung, die moralische Empörung und die praktische Hilfestellung der Nachbarn sprechen für einen starken Zusammenhalt in den Nachbarschaften. Die solidarischen Akte zeigen an, dass andere Familien sich von der gleichen Situation bedroht sahen. Die Beschreibung eines Exmittierungskrawalls aus dem Berliner Lokal-Anzeiger vom 03.12.1902 veranschaulicht diese Solidarisierungen:

„In dem Hause des Eigenthümers und Molkereibesitzer Franz Reichart in Neu-Weissensee, Sedanstraße 29, wohnte der Arbeiter Peche mit seiner Frau und sechs Kindern. Am 1. Juli sollte die Familie ziehen, die Wohnung war rechtzeitig gekündigt und die Kündigung auch angenommen worden, aber die Leute weigerten sich, die Wohnung zu räumen und machten auch noch am 2. Juli keine Anstalten dazu, als die neue Miethspartei einziehen wollte. Nun ging der Hauswirth gewaltsam vor. Als Frau Peche, die im Bette lag, erklärte, sie könne nicht ziehen, da sie nervös und ihr Ehemann auf Arbeit sei, holte er drei junge Leute herbei, mit deren Hilfe er die Wohnung auszuräumen begann. Die Frau sah sich nun genöthigt, aufzustehen. Die Straße wurde zur Zeit gerade gepflastert, und die jammernde Frau er-

zählte den Steinsetzern ihr Leid. Diese stießen Drohungen gegen den Hauswirth aus und im Handumdrehen hatte sich eine Menschenmenge angesammelt, die von Minute zu Minute wuchs, so daß mehr als tausend Menschen am Platze waren. Bald fiel ein Steinhagel auf das Haus. Die Wurfgeschützen recrutierten sich fast sämmtlich aus den Kreisen der Schuljugend. Im Hause blieb keine Glasscheibe ganz, auch im Innern wurden Möbelstücke durch Steinwürfe beschädigt. Schließlich erschien ein Gendarme auf dem Platze, der aber allein der Menge gegenüber nichts auszurichten vermochte. Inzwischen hatte eine Sammlung stattgefunden, die 9 Mark ergab, welche der Frau eingehändigt wurden. Ein Herr schaffte einen Berg belegter Stullen heran zur Sättigung der Kinder, während ein gegenüber wohnender Molkereibesitzer warme Milch spendete. Gegen neun Uhr kam der Ehemann von der Arbeit heim und drang sofort mit einigen Tumultuanten in die Wohnung des Reichardt und verlangte sofortige Wiederaufnahme in die Wohnung. Der Arbeiter Nowacinski, der in demselben Hause wohnte, verlangte vom Hauswirth die für den Juli bereits im voraus gezahlte Miethe von 18 Mark heraus, weil er sofort ausziehen wolle, denn bei einem solchen Manne, der arme Leute auf die Straße setzte, möge er keine Stunde mehr wohnen. Wohl oder übel mußte der Hauswirth die Miethe herauszahlen, wofür N. eine Anklage wegen Nöthigung erhielt. Auf Requisition des Hauswirths erschien nach 10 Uhr Abends die Feuerwehr, welche die Pechesche Familie fortschaffte, die dann an anderer Stelle ein Unterkommen fand. Am nächsten Morgen wiederholte sich das Bombardement auf das Haus, wobei sich eine Frau Czinczatoski besonders hervortat. Sie reichte den Jungen die Steine zu, die sie zum Werfen brauchten, und als sie auf dem Hofe der Frau Reichart und ihrer Tochter angesichtig wurde, mißhandelte sie diese und riß ihr die Kleider vom Leibe. Ein starkes Aufgebot von Gendarmen machte den wüsten Scenen am nächsten Tage ein Ende. Der Hauswirth Reichart, der übrigens wegen Verleitung zum Meineids gegenwärtig in Untersuchungshaft sitzt, hat für die Renovation seines Hauses 500 Mark bezahlen müssen.“

Diese gemeinschaftliche Erfahrung der ständigen Bedrohung ließ Strukturen in den Nachbarschaften wachsen, die auch die Mobilisierung zu den organisierteren Aktionen der Mieter*innenbewegung möglich machten. Das Bewusstsein gegen einen allgemein anerkannten Missstand und eben nicht alleine zu kämpfen, und damit die Entstehung des Mieters als politischer Akteur, nahm hier seinen Anfang.

Mietervereine: Zwischen Rechtsberatung und Politisierung

Ende des 19. Jahrhunderts entstanden in vielen deutschen Städten Mietervereine. Bald erkannten sie die Notwendigkeit, sich auf Reichsebene zusammenzuschließen, um hier die Politik beeinflussen und den bereits existierenden nationalen Hausbesitzerverbänden entgegentreten zu können. Im Jahr 1900 schlossen sich 24 Vereine zum „Verband Deutscher Mietervereine“



zusammen, darunter auch Vereine aus dem späteren Gebiet Groß-Berlins. Wie umkämpft die politische Ausrichtung dieses Verbandes und der einzelnen Vereine war, zeigt die komplexe Spaltungs- und Wiedervereinigungsgeschichte verschiedener Zusammenschlüsse. Nach politischen Uneinigkeiten spaltete sich im Oktober 1919 zunächst ein Teil des Berliner kommunalen Verbandes vom Dresdener Reichsverband als „Allgemeiner Mieterbund“ ab. Diese progressivere Richtung war mit der strikten (parti-)politischen Enthaltung des Dresdener Verbandes nicht einverstanden. Der konservative Mieterverein des Berliner Westens verblieb allerdings im Dresdener Verband. In dem „Zentralorgan des Mieter-Verbandes Groß-Berlin“ wurde 1920 von einem Mieterstreik zum ersten Mal als einem geplantem Vorhaben (und nicht mehr nur einer zukünftigen Möglichkeit als Androhung) gesprochen – in dieser Haltung zeigen sich die unüberbrückbaren Differenzen zum Dresdener Verband.

Das Zitat aus der Waldenburger Mieter-Zeitung (Nr.5, 1924) illustriert die politische Haltung der Berliner Verbandsrichtung:

„Wir sind keine Nur-Auskunfts- und Nur-Rechtsschutz-Organisation, auf die man sich besinnt, wenn einem eine Laus über die Leber läuft, die man aber im Übrigen nicht viel in den Kreis der Betrachtung zieht. Nur zu lange haben wir uns mit solchen oberflächlichen, für die Agitation ganz schönen Dingen abgegeben, viel zu viel Arbeit und Kraft ist vergeudet worden und wird heute noch angewendet im Kampf gegen kleine Geister, die man übersehen und über die man hinwegschreiten müßte, um sich und seine Mieter einen Blick tun zu lassen auf das ideelle Ziel unserer Bewegung: In Verbindung mit allen Gleichgesinnten und Mitstreitern im politischen und wirtschaftlichen Leben eine neue Wohnungspolitik aufzubauen aus dem Trümmerfeld privatkapitalistischer Spekulationsmanier!“

Die Berliner Richtung radikalisiert sich im Streit um die Rolle der Mieterräte, die sich in Anlehnung an die Soldatenräte nach dem Ersten Weltkrieg gebildet hatten, weiter. Zu den Streitpunkten der parteipolitischen Neutralität und der geeigneten Kampf- und Verhandlungsformen kam noch die zentrale Frage nach der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, vor allem den

Gewerkschaften, die Dresden kategorisch ablehnte. Hier wollte man dagegen eigene Listen für die Reichs- und Landtagswahlen aufstellen. Der Berliner Verband lehnte das wiederum ab, weil sie eine Zersplitterung der Vertretung von Interessen der nicht besitzenden Bevölkerungsschichten fürchteten.

Nach dem Ersten Weltkrieg verstärkt sich der Austausch zwischen institutionalisierter Vereinsarbeit und basisaktivistischen Strategien wie Mietstreiks und Mieterräte. Auch Großdemonstrationen gehörten in dieser Zeit zum Aktionsrepertoire der Mieter*innenbewegung. Gegen diese wurde teils gewaltsam vorgegangen. Zahlreiche Protestaktionen und öffentliche Veranstaltungen gegen die Beschneidung des Mieterschutzes wurden von den Mietervereinen initiiert. In nur einer Woche im Winter 1922/23 veranstaltete der Mieterbund 80 Veranstaltungen in Reaktion auf die gesetzliche Zulassung von Mieterhöhungen am 7. Januar 1923. Im Dezember 1924 rief er eine nationale Protestwoche gegen den Abbau des Mieterschutzes aus, im Juli 1925 demonstrierten etwa 100.000 Menschen gegen den Mietwucher in Berlin.

Berliner Arbeiterviertel in der Großen Depression 1929–1933

In der Weltwirtschaftskrise waren die Berliner*innen mit Massenarbeitslosigkeit, gekürzten Sozialleistungen und ständig drohendem Wohnungsverlust konfrontiert. Besonders in den Arbeiterkiezen versuchten die Betroffenen, ihre Unterkünfte durch Solidarität und Selbsthilfe zu verteidigen.

Abbildung: L. Loeffler, Die Barackenstadt von Berlin, (Die Gartenlaube, 1872). Aufgrund der Bevölkerungsexplosion Berlins im späten 19. Jahrhundert entstanden Slum-Siedlungen, wie diese am Planufer, die sich „Freistadt Barackia“ nannte. Die Räumungen führten zu Protesten.
© gemeinfrei/wikimedia commons



In Folge des Börsenkrachs an der New Yorker Wall Street im Herbst 1929 wurde die Weltwirtschaft von einer Krise bis dahin ungekannten Ausmaßes erfasst. Millionen Menschen verloren ihre Arbeitsplätze und waren auf staatliche Unterstützung angewiesen. Die deutschen Regierungen reagierten mit Sparmaßnahmen: Bald hatten die meisten Erwerbslosen nur noch Anspruch auf das zeitgenössische Pendant zu Hartz IV, die sogenannte „Wohlfahrtsunterstützung“. Selbst diese als Existenzminimum konzipierte Hilfeleistung wurde gekürzt, die weiterhin staatlich regulierten Mietpreise dagegen nicht an die geringeren Einkommen angepasst. Nicht nur Wohlfahrtsunterstützte standen nun vor der existentiellen Entscheidung, ob sie Unterernährung oder den Verlust ihrer Wohnung in Kauf nehmen sollten.

Da Arbeiter*innen besonders stark von Kündigungen betroffen waren und kaum über Ersparnisse verfügten, trat dieses Dilemma geballt in deren angestammten Quartieren auf: die Mietskasernenviertel Wedding, Prenzlauer Berg, Friedrichshain und Neukölln, sowie Teile von Kreuzberg und Mitte. Dort musste sich mehr als ein Drittel der Bevölkerung die Miete buchstäblich vom Mund absparen – mit alarmierenden gesundheitlichen Folgen besonders für Kinder. Wer dazu nicht bereit war oder wegen Zahlungsrückstand die Wohnung verlor, dem boten sich auf dem regulären Wohnungsmarkt keine Alternativen. Denn aus den Neubauten am Stadtrand drängten ebenfalls von der Krise erfasste Angehörige der Mittelschicht zurück in die Innenstadt; in den teuren Prestigebauten des öffentlichen Wohnungsbaus der Weimarer Republik wuchs der Leerstand. Sie blieben den Bedürftigen verwehrt. Fast 124.000 Berliner*innen mussten

eine elende Version des Wohnens im Grünen kennenlernen: In den Bretterbuden der Laubenkolonien vegetierten sie – ohne Strom-, Gas- und Wasseranschluss – auch im Winter unter slumartigen Bedingungen. In den Sommermonaten verdoppelte sich die Zahl der in der Peripherie Notwohnenden durch Zeltlager. Der 1932 erschienene Film *Kuhle Wampe* oder: *Wem gehört die Welt?* ist nach einem solchen Platz an der Dahme benannt und erzählt von einer Familie, die nach der Räumung aus ihrer Stadtwohnung dort unterkommt.

Die staatliche Zensur beanstandete an *Kuhle Wampe* eine Szene, in der zur Verhinderung von Zwangsräumungen aufgefordert wird. Der Film ermutigte damit zur auf der gegenüberliegenden Wand dieses Ausstellungsraumes beschriebenen Selbsthilfe, die im Berlin der Weltwirtschaftskrise Hochkonjunktur hatte. Die in der KPD-Zeitung *Rote Fahne* behauptete Zahl von über 1.000 erfolgreich verhinderten Exmissionen mag übertrieben sein. Das gilt jedoch nicht für die mehr als 100 von der Zeitung detailliert berichteten Fälle zwischen Herbst 1931 und Winter 1932/33, die als Untergrenze anzusehen sind. Voraussetzung für diese bemerkenswert vielen Erfolge war zunächst schlicht die Menge an Zwangsräumungen in den Kiezen – einer logischen Folge der Massenarbeitslosigkeit und des Missverhältnisses von Mietkosten und Sozialleistungen. Zudem hielten sich wegen der hohen Erwerbslosigkeit deutlich mehr Bewohner*innen auch tagsüber in den Wohngebieten auf, die sich an den Protesten beteiligen konnten. Gerade in Neukölln zogen vor dem Arbeitsamt in der Sonnenallee Wartende oft geschlossen los, um sich Gerichtsvollzieher und Polizei in den

Weg zu stellen. Diese aus den Betrieben Ausgestoßenen resignierten nicht; sie kämpften nun zusammen um den Wohnraum im Kiez. Nach der Arbeit wollten sie nicht auch noch das Zuhause verlieren.

„Erst das Essen, dann die Miete!“ – Die Mietstreikkampagne

Nicht zuletzt, weil die Kommunistische Partei sich verstärkt in den Wohngebieten engagierte, waren schon die Proteste gegen Zwangsräumungen in den 1930ern besser organisiert als zuvor. Eine zentrale Steuerung durch die KPD gab es jedoch nicht: Jedes Haus wählte eigene „Mierräte“, die die Interessen der dort Wohnenden gegenüber den jeweiligen Hausbesitzer*innen vertraten. Allerdings vernetzten sich diese autonom agierenden Gremien. Mit dem „Mieterdelegiertenkongress“ im Sommer 1932 begann die spektakulärste Phase der von der Polizei beobachteten „umfangreichen Mieterbewegung“.

Nach zahllosen Versammlungen traten von Herbst 1932 bis Januar 1933 mindestens 79 Häuser in den Streik, 43 davon konnten Erfolge verbuchen. Von den übrigen ist nichts über den Ausgang bekannt oder sie mussten aufgeben. Die Wiederaufnahme der Mietzahlung machten die Streikenden von der Erfüllung folgender Forderungen abhängig: 1. Verbesserung der elenden Wohnbedingungen. 2. Streichung aller Mietrückstände und Zurücknahme laufender Räumungsklagen. 3. Senkung der Miete, meist um 25 – 40%. Die Mieter*innen forderten also erstens ihr

verfassungsmäßiges Recht auf „eine gesunde Wohnung“ ein. Zweitens sollten Zwangsräumungen effizienter und präventiv verhindert werden. Zu oft hatten Proteste dagegen nur einen kurzen Aufschub gebracht oder gar nicht stattgefunden, weil die Betroffenen aus Scham ihre bevorstehende Exmission verschwiegen. Drittens sollte durch die deutliche Reduzierung der Miete die unmenschliche Entscheidung zwischen Wohnungsverlust und Unterernährung der Vergangenheit angehören. „Erst das Essen, dann die Miete!“ als Parole der Streikenden verdeutlicht diesen Zusammenhang: In Anlehnung an „Erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral“ aus Bert Brechts *Dreigroschenoper* verweigerten sie sich den Zumutungen der Pflichterfüllung im Kapitalismus. Ihr gemeinsames Vorgehen setzte die Vermieter*innen ökonomisch unter Druck – denn für diese wurden wegen laufender Kosten die Mietskasernen ohne Einnahmen zu einem Verlustgeschäft.

Mietstreiks boten zudem die Möglichkeit, die auch in den Arbeitervierteln an Zustimmung gewinnende NSDAP zu bekämpfen. Sie zeigten Nazi-Sympathisant*innen durch ihre basisdemokratische Rätestruktur, welche Erfolge gemeinsam und von unten – ohne „Führer“ – erreicht werden konnten. Außerdem entlarvten sie den nur scheinbaren Antikapitalismus der NSDAP: Sie unterstützte nur Streiks, die sich gegen öffentliche, nicht aber private Vermieter*innen richtete. Bereits vor dem Jahr 1932 waren übrigens explizite Antifa-Mietstreiks initiiert worden, die sich gegen SA-Lokale in den Kiezen richteten. Die etablierten Mieterverbände lehnten trotz der erzielten Erfolge und ihres eigenen Niedergangs in der Krise Mietstreiks als „Kampfmittel der unorganisierten Mieter“ ab und pochten auf die Einhaltung der juristisch unumstrittenen aber wirkungslosen Rechtsmittel.

Die Justiz der Weimarer Republik bereitete den Mietstreikenden tatsächlich zunehmend Probleme. Die Klage eines Vermieters brachte im Januar 1933 ein Grundsatzurteil: Das konfrontative Vorgehen der Räte widerspreche der gesetzlich verordneten Förderung von „Einvernehmen zwischen den Mietern und dem Vermieter“, Forderungen dürften nur individuell geltend gemacht werden. Die Analogie zu betrieblichen Streiks wurde abgelehnt, weil Hausbesitzer*innen kein der Aussperrung vergleichbares Mittel zur Verfügung stünde. Das Gericht erklärte also gerade den kollektiven und antagonistischen Charakter der Mietstreiks – und damit ihr Potential progressiver Veränderung – für nicht rechtens. Ob die Mieter*innenbewegung auch dieses Hindernis hätte überwinden können, muss offen bleiben. Am 30. Januar 1933 wurde Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Die Nazis zerschlugen zuerst brutal jeglichen politischen Widerstand in den Arbeitervierteln, um bis 1945 die ganze Welt mit Mord und Krieg zu überziehen. „Kämpfende Hütten“ im Sinne dieser Ausstellung gab es in Deutschland erst nach dem Ende des Faschismus wieder.

Abbildung: Unbekannt, Juli 1932 (*Der Rote Stern*, Nr. 29).
Ein Mierrat trifft sich im eigenen Hinterhof, um einen Mietstreik vorzubereiten. © gemeinfrei

MVZ

Märkische Viertel Zeitung

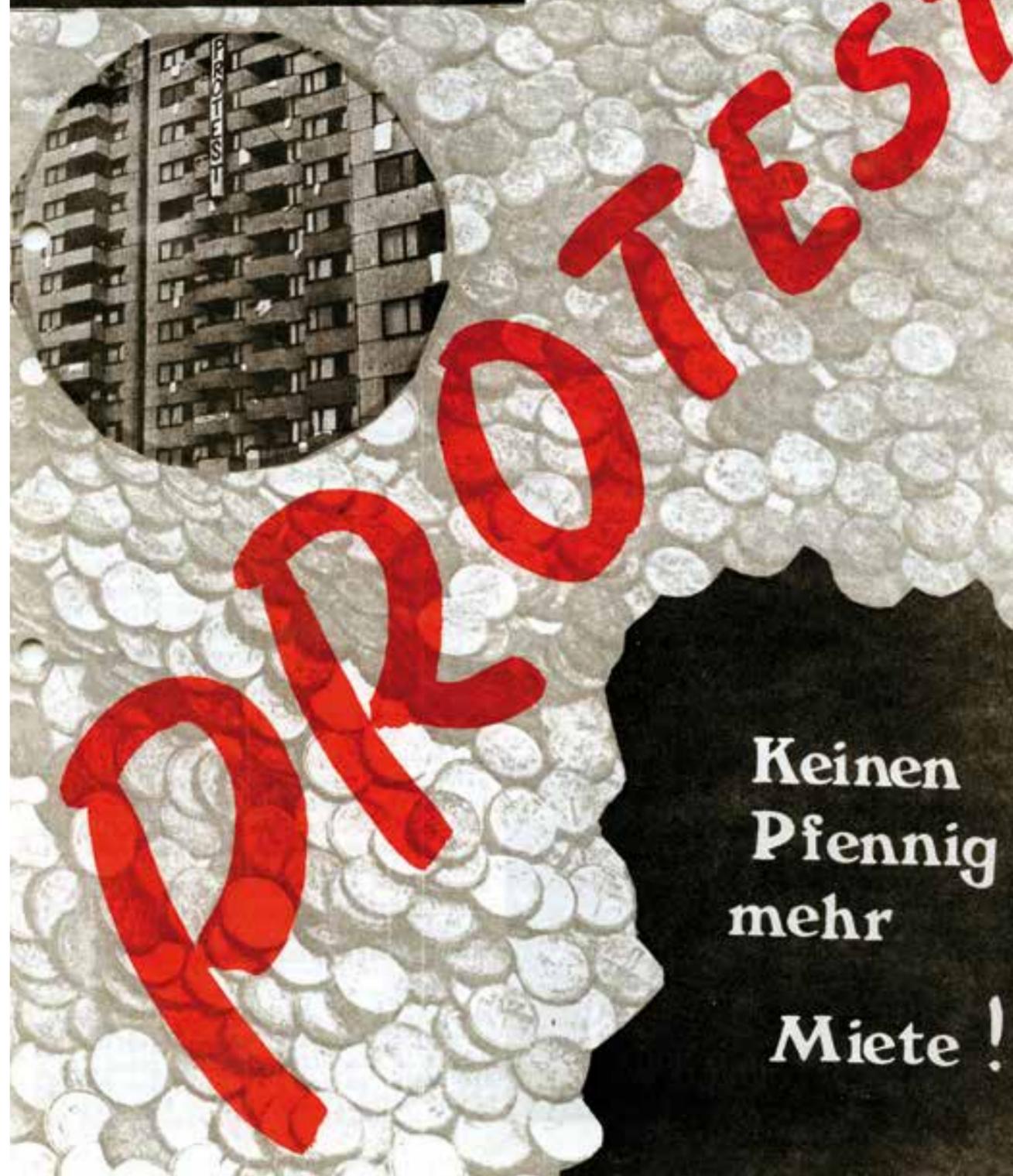
Oktober

7/71

2. Jahrg. Auflage 4000

Preis im MV 0,30 DM

Außerhalb 0,50 DM



MIETER*INNENKÄMPFE IM MÄRKISCHEN VIERTEL 1969-1974

11

Wir wollen Blumen und Märchen bauen

„Wir wollen Blumen und Märchen bauen“ sprach der Architekt Herbert Stranz. Heraus kam das Märkische Viertel (MV): 17.000 Neubauwohnungen, davon 15.000 im Besitz der städtischen GE-SOBAU. Aber fehlende Spielplätze und Kitas etc. und ständige Mieterhöhungen führten zu zahlreichen Protesten.

Das Märkische Viertel wurde in nur 10 Jahren, von 1964 bis 1974, für 50.000 Menschen erbaut und bezogen. Das MV liegt im nördlichsten Bezirk West-Berlins mit schlechter Verkehrsanbindung. Kinderreiche Familien, Arbeiter*innen mit niedrigem Einkommen, „Umsetzmieter*innen“ aus „Sanierungs-“ sprich Abrissgebieten waren die ersten Mieter*innen. Gegenüber feuchten Altbauwohnungen mit Ofenheizung und Außentoilette war es eine eindeutige Verbesserung der Wohnqualität. Allerdings erkaufte mit der doppelten bis dreifachen Miete, langer Wege zu Arbeit und zum Einkaufen und dem Verlust der Nachbarschaft.

Die Organisierung der Bewohner*innen im MV begann mit pädagogischen Projekten wie Eltern-Kind-Gruppen, Spielplatzinitiativen, Jugendarbeit etc. Studierende der „Außerparlamentarischen Opposition (APO)“ brachten das MV mit einer Gegenausstellung zu den „Berliner Bauwochen“ 1968 in die öffentliche Diskussion. Der ersten Protestversammlung folgten 1969 Projekte der Pädagogischen Hochschule. Studierende und Bewohner*innen arbeiten u.a. an einer Stadtteil-Zeitung, einem Abenteuerspielplatz und einem Jugendzentrum.

Zu Spitzenzeiten waren ca. zwei Dutzend Initiativen und Gruppen im MV aktiv, z.B. die Filmgruppe, die MVZ – Märkische Viertel Zeitung, die Arbeitsgruppe Mieten und Wohnen, der Mieterschutzbund e.V., die Mieterinitiative MV, eine Abspaltung des Mieterschutzbundes. Zeitweise waren sie im sogenannten Delegiertenrat vernetzt, sporadisch gab es eine Zusammenarbeit mit Gruppen aus anderen Stadtteilen. Die „Stadtteilzelle“ bestand aus den Radikaleren einiger Gruppen und Student*innen der APO. Ihr gehörte auch Ulrike Meinhof an, Mitverfasserin des „Vorläufigen Strategiepapiers MV“.

Mitte der 1970er Jahre verebten die Proteste. Die „Filzokratie“ aus Wohnungsbaugesellschaft, Senat, SPD, Bauindustrie und Bezirksamt arbeitete Hand in Hand mit Polizei und Presse gegen den Protest. Die GeSoBau machte keine Zugeständnisse wurde aber „liberaler“ und hatte vor allem dazugelernt. Es wurde weniger an „Problemfamilien“ – viele Kinder, wenig Geld – vermietet. Dafür mehr an mittelständische Einpersonenhaushalte. Mieterhöhungen wurden zeitlich versetzt ausgesprochen. Das erschwerte die Organisierung.

Grundsätzlich ist das Thema „Mieten“ von Individualisierung geprägt. Aufgrund fehlender Wohnungen herrscht Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt. Beim Mietvertrag sind Vermieter*innen in der stärkeren Position und eine Lösung von Konflikten ist nur durch individuelle, juristische Mittel vorgesehen.

Trotz dieser Schwierigkeiten gab es jahrelang Organisierung und Protest vieler Gruppen und unterschiedlicher Menschen. Besonders das Aufeinandertreffen der Bewohner*innen und Student*innen „...löste eine ganze Reihe von Konflikten im

Viertel aus, die wichtige Lernprozesse bei etlichen Bewohnern und Studenten hervorriefen über die Möglichkeiten und Schwierigkeiten solidarischen Handelns und bei der Entwicklung von Perspektiven in der politischen Arbeit...“*

Einer Art Blumen und Märchen widerständiger und solidarischer Beziehungen.

*Mieteraktivitäten im Märkischen Viertel 1969-1973 – Geschichte und Probleme, Diplomarbeit von Johannes Rau, 1976, S.15

Antiautoritär, reformerisch, klassenkämpferisch sozialistisch

„Antiautoritär, systemintern reformerisch und klassenkämpferisch sozialistisch“, so beschreibt eine Senatsstudie von 1971 die „MVZ – Märkische Viertel Zeitung“. Im Juni 1969 erschien die erste Ausgabe. Von Studierenden der Pädagogischen Hochschule initiiert, beteiligten sich schnell Betroffene.

Die MVZ war eine lokale, politische Zeitung. Die Inhalte waren anfangs Wohn- und Mietfragen und praktische Informationen wie Preisvergleiche der wenigen Läden, wichtige Adressen und Kleinanzeigen. Beliebt war auch eine regelmäßige Glosse im Berliner Dialekt. Später wurden auch Probleme am Arbeitsplatz („... daß die Bereiche Wohnung und Arbeitsplatz, weder gesellschaftlich, wirtschaftlich noch politisch zu trennen sind.“) und internationale Politik („Angela Davis – kommunistische Wissenschaftlerin und mutige Kämpferin...“) behandelt. Ab und an gab es Sonderausgaben zu wichtigen Themen.

Die MVZ wurde in öffentlichen Redaktionssitzungen nach jeder Ausgabe besprochen. Sie wurde kollektiv geplant, geschrieben, gedruckt und verkauft. Viele, der wechselnden Redakteur*innen waren auch in anderen Initiativen des Märkischen Viertels aktiv. Die Zeitung beschrieb den Widerstand im Viertel, vernetzte die einzelnen Gruppen und zeigte gesellschaftliche Perspektiven auf.

Die MVZ thematisierte Probleme im Märkischen Viertel, die nicht in den bürgerlichen Medien erschienen. Sie war, wie alle kritischen Initiativen des Viertels, der permanenten Hetze der marktbeherrschenden Springer-Presse ausgesetzt. Neben der Überwachung durch Verfassungsschutz und Polizei war der Höhepunkt der Repression die Beschlagnahme der Juni-Ausgabe 1970.

Die MVZ war so erfolgreich, dass es mehrere Versuche gab ebenfalls eine Stadtteilzeitung zu etablieren: der reaktionäre „MV-Express“, das CDU-nahe Blatt „Bürger im Dialog“, die „Märkblätter MV“ der Jusos, die SEW-Zeitschrift „MV-Objektiv“,

Abbildung: MVZ – Märkische Viertel Zeitung Nr. 7, 1971, Titelseite © Privat



die „MV-Informationen“ des Mieterschutzbundes, sowie die „Neue MVZ“. Die „Neue MVZ“ entstand aus einem Konflikt der Redaktionsgruppe um eine „klarere politische Linie“ und den Einfluß der Student*innen. Sie wurde unterstützt von der KPD/ML, konnte sich aber nicht etablieren.

Konfliktreich war auch die Mitarbeit von SPD-Mitgliedern, die nach einem SPD-kritischen Artikel austraten. Weitere Konflikte gab es zwischen Studierenden und Betroffenen, und proletarischen versus bürgerlichen Redakteur*innen. Ebenso problematisch war die Herausbildung einer „Arbeiter*innen-Avantgarde“ und der geringe Anteil an betroffenen Frauen und Jugendlichen.

Neben diesen Problemen führten das Abflauen der Proteste im Märkischen Viertel, unregelmäßige Erscheinungsweise der Zeitung wegen Arbeitsüberlastung der weniger gewordenen

Redakteur*innen und der verloren gegangene Kontakt zu den aktuellen Problemen im Viertel im Juni/Juli 1973 zur letzten Ausgabe. Dies konnte auch durch eine richtungsweisende Aktion, Druck- und Schreibmaschinen wurden auf der Straße aufgestellt, damit Betroffene schreiben, nicht verhindert werden.

Praxis, das verstehen die Leute

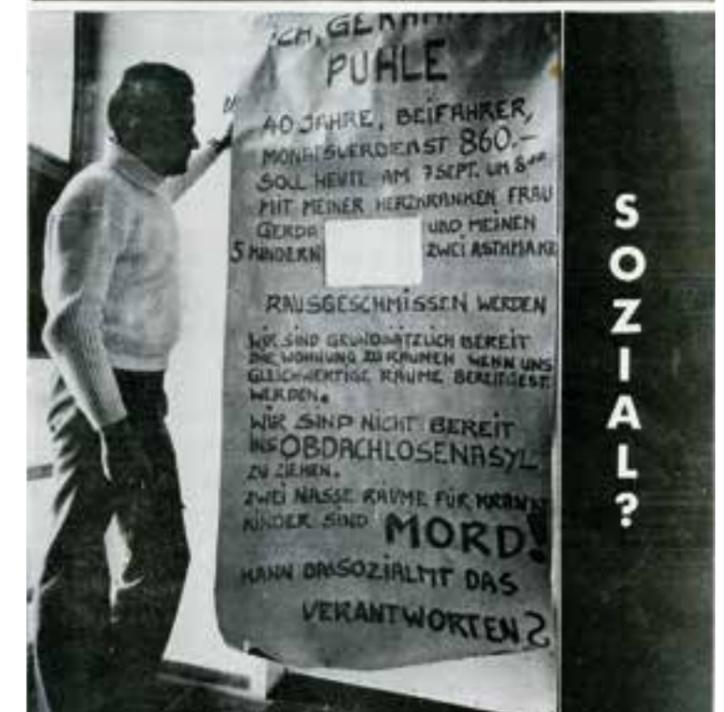
„...du kannst ja noch so viel predigen, die Theorie is immer grau – Praxis, das verstehen die Leute...“, so Irene Rakowitz*, eine der Protagonistinnen des Widerstands im Märkischen Viertel. Und Praxis gab es viel. Eine anfangs mehr, später weniger regelmäßige Viertelzeitung, der Kampf gegen Zwangsräumungen, die „Handtuchaktion“, einen Autokorso, die Organisation von Mieterräten und Mietstreiks und natürlich Demonstrationen, Kundgebungen und Versammlungen. Dokumentiert und wieder öffentlich gezeigt wurden viele Aktionen von den Filmern von Basisfilm.

Es werden „viel zu wenig Familien rausgeschmissen“, meinte die GeSoBau Ende 1969 angesichts mehrerer hunderttausend Mark an Mietrückständen im MV. Bei vielen Familien beträgt die Miete trotz Wohngeld bereits 40% des Einkommens. Im Februar 1970 meldet der Arbeitskreis Mieten und Wohnen, daß 26 von 27 angekündigten Zwangsräumungen mit juristischen und sozialarbeiterischen Beistand verhindert werden konnten. Im September 1970 kann zum ersten und einzigen Mal eine Zwangsräumung mit solidarischen Nachbar*innen (und juristischen Mitteln) verhindert werden. Die betroffene Familie Puhle erhält später eine günstigere Wohnung in einem anderen Bezirk.

Abbildung oben: Anzeige für 1. Mai Demonstration in Neukölln, MVZ Nr. 4/1971 © Privat

Rechts: Agitation mit VW-Bus mit Lautsprecher für die „Handtuchaktion“ September 1972. Nach 4 Tagen hingen 3000 Handtücher und Bettlaken, trotz Einschüchterung durch die Hauswarte der GeSoBau. MVZ Nr. 6, 1972/73 © Privat

Anzeige von Basis-Film für Filmvorführung im Märkischen Viertel, MVZ Nr. 6, 1972/73 © Privat
MVZ – Märkische Viertel Zeitung Nr. 7, 1970, Titelseite, „Puhle Aktion“ – Verhinderung einer Zwangsräumung durch nachbarschaftliche Solidarität, September 1970 © Privat





Im März 1971 wurde der Mieterschutzbund MV e.V. (MSB) von „10 Sozialdemokraten“ gegründet. Grund waren Heizkostennachzahlungen der GeSoBau, ein immer währendes Thema im MV. Der MSB macht Mieterberatung, unterstützt Mieter*innen bei Prozessen mit Prozessbegleitung, gibt die MV Informationen heraus und versucht mit der GeSoBau zu verhandeln. Mit Mieter*innenversammlungen und Aktionen versucht er dies zu unterstützen.

Erneute Mieterhöhung und hohe Heizungskosten sind der Grund für eine Mieter*innenversammlung am 20.09.1972. Anwesenden Politiker*innen gelang es nicht, die aufgebrachten, mehrere hundert zählenden, Bewohner*innen zu beschwichtigen. Die Versammlung forderte u.a. einen Mietpreisstopp. Als Zeichen des Protestes sollen Handtücher und Bettlaken aus den Fenstern gehängt werden. Weiter wurde zu einem Autokorso, einer Unterschriftensammlung und der Bildung von Mieterräten aufgerufen.

3000 Handtücher und Bettlaken wurden aufgehängt, 3000 Unterschriften gesammelt und 153 Autos fuhren aus dem MV zum Schöneberger Rathaus. Dort verweigerte der Bausenator die Annahme und die Protesresolution wurde einem Senatsbeamten übergeben.

Senat und GeSoBau reagierten weder auf Verhandlungsangebote noch auf Aktionen. Die Organisation durch Mieterräte und ein Mietstreik sollten den Druck erhöhen. Da der MSB zuerst Mieterräte bilden wollte, trat ein Teil des MSB aus und gründete die Mieterinitiative MV, um den Mietstreik zu organisieren. Hierfür fanden sich aber nicht genügend Mieter*innen. Die Bildung der Mieterräte gelang nicht, obwohl sich immer wieder Mieter*innen dafür interessierten. Aber der MSB war durch interne Parteiquerelen (SPD gegen SEW), schlechte Organisation und Austritte immer weniger handlungsfähig.

Eine der letzten größeren Aktionen des MSB waren ein angekündigter Sitzstreik am 23.03.1970 vor der GeSoBau, die von der Polizei mit einem Großaufgebot abgesperrt war. Der Sitz-

streik kam nicht zustande, die 50 bis 200 Leute ließen sich aber auch nicht durch die Polizei einschüchtern.

Auch wenn die Aktionen im Märkischen Viertel danach rapide abnahmen, haben doch Aktionsformen bis heute überdauert. So gab es bei einer Protestaktion am 07.07.2015 in der Skalitzer Straße 142, ein Haus des Sozialen Wohnungsbaus mit Mieterhöhungen bis zu 400€, eine Handtuchaktion.

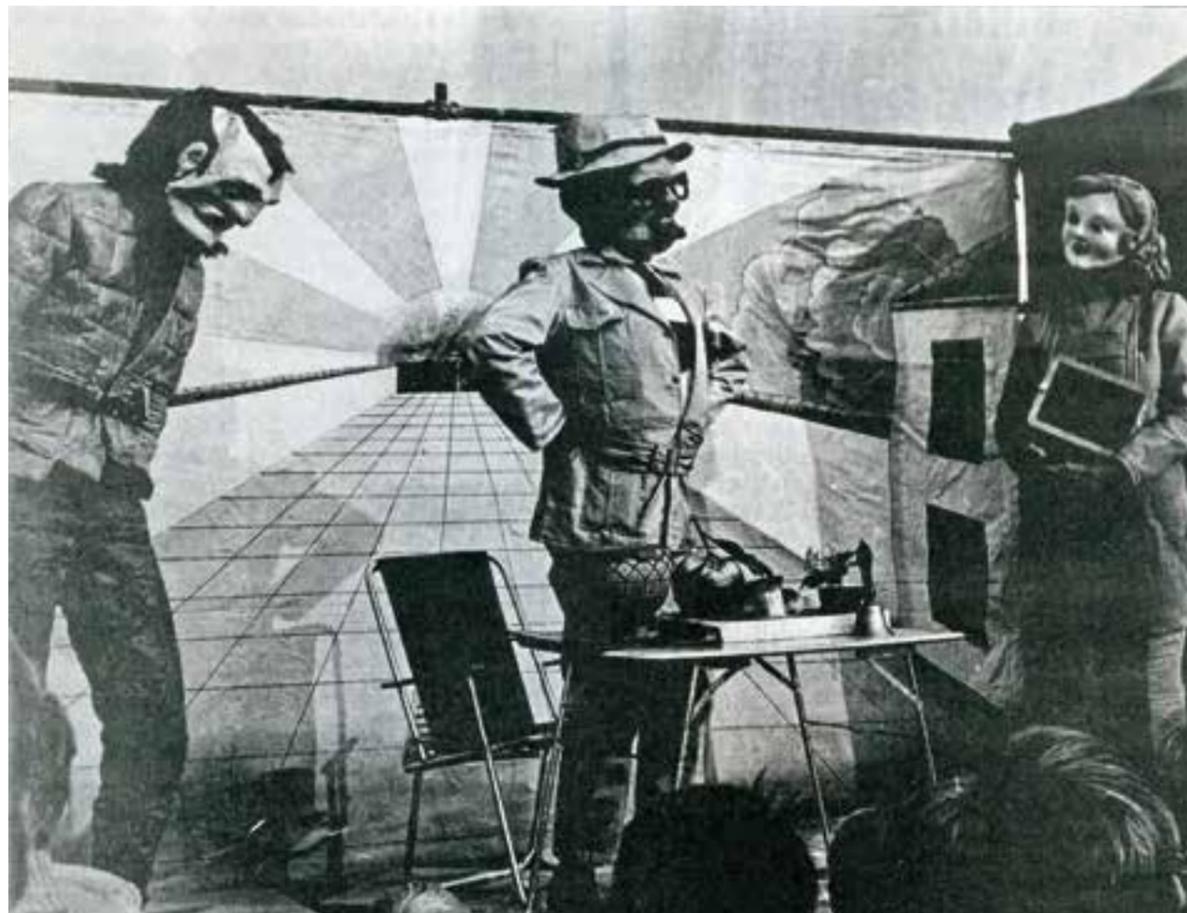
* „Jetzt reden wir“: Betroffene des Märkischen Viertels / Wohnste sozial, haste die Qual / Mühsamer Weg der Solidarisierung, Rowohlt Taschenbuch, 1975, S. 141

Letzte Szene eines Straßentheaterstückes

„Am 1. Mai zog – gewissermaßen als letzte Szene eines Straßentheaterstückes – das Publikum zu einer Fabrikhalle nebenbei um sie symbolisch – und vorzeitig – als Jugendheim zu besetzen.“* Die Folge war eine gewaltsame polizeiliche Räumung, die Beschlagnahme der MVZ und weitere staatliche Repression. Am 1. Mai war das Ultimatum zur Bereitstellung von Freizeiträumen für 5000 Jugendliche, das die im Märkischen Viertel arbeitenden Gruppen an die Stadträtin für Jugend und Sport gestellt hatten, abgelaufen. Statt der Zusage für die Räumlichkeiten kündigte die GeSoBau dem Schülerladen.

Am Abend des 1. Mai stellte das Hoffmanns Comic Theater auf dem Platz des Einkaufszentrums in einem Improvisationsstück die Misere des Märkischen Viertel dar. Im Anschluss an die letzte Szene, die die Schließung des Schülerladens darstellte, beschlossen die Zuschauer die symbolische Besetzung eines leerstehenden Hauses, um gegen den Mangel an Jugendheimen und Kindertagesstätten zu protestieren.

Da das Haus bereits von der Polizei umstellt war, besetzten die ca. 100-200 Männer, Frauen und Kinder ein Fabrikgebäude



in der Königshorster Straße. Dies war als Freizeitraum schon zugesagt. In der Fabrikhalle begannen sie über weitere Schritte zu diskutieren.

Die eintreffende Polizei brach die Tür auf, umstellte die Sitzenden und prügelte sie ohne vorherige Aufforderung aus der Halle bis auf den Wilhelmsruher Damm. Es gab mehrere Verletzte und acht Festnahmen. Später warfen Unbekannte Tür- und Fensterscheiben im Rathaus Reinickendorf ein.

In der Juniausgabe der MVZ – Märkische Viertel Zeitung wird diese brutale Räumung öffentlich gemacht. Daraufhin brach die Polizei am 06.06.70 um 1.00 Uhr nachts die Redaktionsräume der MVZ auf und beschlagnahmte alle Exemplare mit der Begründung „Verleumdung, üble Nachrede und Beleidigung“. Die Beschlagnahme wurde drei Wochen später vom Gericht für illegal erklärt. Die Prozesse zogen sich aber bis März 1973 hin, wurden aber alle von der MVZ gewonnen.

Seit dem 1. Mai riss die Repression der politischen Polizei und des Verfassungsschutzes gegen die MVZ und „die Radikalen“ nicht ab. Es kam zur Beobachtung der Aktiven, Anlegen von Fotomappen und dem Versuch, Spitzel anzuwerben. Die Bereitschaftspolizei stürmte mit gezogenem Knüttel die Sitzung einer Gruppe und erzwang eine Ausweiskontrolle.

Anfang Juni führte die Polizei Straßenkontrollen an allen Ausfahrtstraßen des MV durch, um die Aufführung der MV-Wochenschau der Basisfilmer über die Besetzung und Räumung zu verhindern. Letztendlich gelangte der Film über Feldwege auf den Marktplatz des MV und konnte öffentlich vor 500 Leuten gezeigt werden.

Gleichzeitig bot die Polizei an, mit Bulldozern bei der Anlegung von Kinderspielplätzen zu helfen. Ein Teil der Elterngruppen nahm das Spalterangebot an und distanzierte sich vom „radikalen“ Delegiertenrat.

Gegen Spaltung und Einschüchterung hilft nur Unverfrorenheit und Witz. Ein Redakteur der MVZ entwendete bei einer der

üblichen Beschattungsaktionen einem Polizisten dessen Unterlagen aus dem Auto. Er übergab diese dem linken Berliner Extradienst, der die 600 Autonummern der Spitzelliste und weiteres veröffentlichte.

Nach der Besetzung gab es Verhandlungen mit dem Bezirk über die Nutzung der Halle. Diese zogen sich jahrelang hin, aber die Jugendlichen und Initiativen ließen sich nicht entmutigen. 1974 wurde die Halle als Kinder- und Jugendhalle MV unter dem Dach der NaturfreundeJugend Berlin e.V. eröffnet und besteht noch heute.

* MVZ – Märkische Viertel Zeitung, Juli 1970, S. 19

Abbildung links: Ausschnitt Titelseite der MVZ Nr. 5/1970. Ein Polizist mit der Dienstnummer 78900 wird bei einer Sitzung des Delegiertenrates (Delegierte von 21 Gruppen im MV) enttarnt. Er sollte Aktive „zur Abwendung einer Gefahr im Verzuge“ fotografieren um sie „erkennungsdienstlich zu erfassen“. © Privat

Oben: Hoffmanns Comic Theater im Märkischen Viertel. Die Truppe spielte fast ausschließlich unter freiem Himmel, auf Marktplätzen, in Burghöfen, am Stadtrand und auf Rummelplätzen und verstand sich als politisches Theater, dass in aktuelle gesellschaftliche Kämpfe und Auseinandersetzungen interveniert. MVZ Nr. 8, 1970 © Privat

MIGRANTISCHE HAUSBESETZUNGEN UND URBANE KÄMPFE DER MIGRATION IN WESTBERLIN

Migrantinnen die den urbanen Raum bewegen und transformieren

Im Vergleich zu anderen Ländern hatte West-Berlin den höchsten Anteil an ‚Gastarbeiterinnen‘. Das lag unter anderem an den Steuerungsversuchen durch Migrationspolitik sowie an der geschlechtsspezifischen und rassifizierten Arbeitsteilung. Weil die Gastarbeiter als eine ‚potentielle (inter-)nationale Sicherheitsbedrohung‘ für die Frontstadt des Kalten Krieges wahrgenommen wurden, wurden zunächst die Gastarbeiterinnen mit den ihnen zugeschriebenen untergeordneten Rollen und ihrer ‚fingerfertigen‘ und billigen Arbeitskraft bevorzugt.

Ihr Verhältnis zum urbanen Raum war anfangs vor allem durch den Weg zur Fabrik und zurück ins Wohnheim bestimmt. Die Schriftstellerin Emine Sevgi Özdamar erzählt mit magischen Worten von dieser ersten Begegnung. Nach dem Anwerbestopp ist die Zahl der Frauen, die durch Familienzusammenführung migriert sind, rapide gestiegen. Viele, denen der Zugang zum ersten Arbeitsmarkt durch Migrationspolitiken versperrt bzw. erschwert wurde, trafen sich in Parks und überall wo grüne Flächen zu finden waren, um ein soziales Leben zu gestalten. Sie haben zusammen gestrickt, gearbeitet, sich unterhalten. Dabei haben sie die Funktion dieses urbanen Raumes transformiert und sich eine autonome Sichtbarkeit geschaffen. Diese neue Aneignung des öffentlichen Raums hat auch Künstler beeinflusst, wie in Hanefi Yeters Bildern zu sehen ist. Es war außerdem eine Flucht ins Freie – raus aus den heruntergekommenen Häusern und Wohnungen und aus der ihnen als Migrantinnen zugeschriebenen Rolle, die sie auf die private Sphäre fixierte.

Neben diesen temporären Fluchtlinien gehörten Migrantinnen wiederum zu denjenigen, die sich mit dem Wohnungsproblem auseinandergesetzt und dagegen Widerstand und Mobilisierung initiiert und organisiert haben. Organisierte migrantische Frauengruppen unterstützten sie dabei. Die Zeitzeuginnen während unserer Recherche haben zwei Beispiele erwähnt. Das eine ist der erste unabhängige Migrantinnen-Verein in West-Berlin – der Türkische Frauenverein Berlin e.V. –, der 1975 am internationalen Frauentag von einer Selbsthilfegruppe gegründet wurde. Das andere ist der Treff- und Informationsort für Frauen aus der Türkei (TIO), der 1978 im Kontext der Stadtteilladenbewegung von einer Gruppe deutscher und türkischer Frauen aufgebaut wurde. Neben ihrer Funktion als Beratungsstellen für Probleme und Fragen des Alltags, zu Arbeit, Wohnen und Gewalt waren sie auch Orte für Auseinandersetzungen in Bezug auf Paternalismus und Rassismus innerhalb von linken und feministischen Gruppen.

Die urbanen Kämpfe stellen eine besondere Assemblage dar, die die Intensität der Selbstermächtigung, der Autonomie und Solidarität der Migrantinnen hervorbringen. Als eine damalige Besetzerin aus der Forster Straße 16-17 sich an ihren Besuch mit Blumen zum Glückwunsch für die kurdisch-türkischen Besetzerinnen in der Kottbusser Str. 8 erinnerte, sagte sie begeistert: „Das war voll mein Ding. Die Frauen können alles!“

Migrantische Hausbesetzung: Forster Str. 16/17

Migrantische Hausbesetzungen erfolgten in Berlin im Kontext der ersten großen Hausbesetzungsbewegung in den Jahren 1979-1984 mit insgesamt über 220 Hausbesetzungen. Deren größte Ausdehnung und politische Stärke manifestierte sich besonders in den Jahren 1980/81 mit 170 gleichzeitig besetzten Häusern und bis zu 5000 in den Häusern (inklusive Hinterhäusern, Seitenflügeln, Remisen usw.) lebenden Menschen sowie Großdemonstrationen mit bis zu 25.000 Personen. Die Vielfalt der Besetzungsbewegung vereinte unterschiedliche soziale Bewegungen und politische Strömungen von FrauenLesben-Bewegung, Anti-AKW und Ökologie-Bewegten zu hin zu Antimps, Autonomen, Punks, Nicaragua-Brigadistas und Migrant*innen.

Das erste von Migrant*innen besetzte Haus in West-Berlin war die Forster Str. 16-17 im November 1980. Die türkisch-kurdischen Migrant*innen lebten zum Teil mit großen Familien in einem Haus in der Forster Str. 18, in kleinen heruntergekommenen Wohnungen und engen Verhältnissen – neunundzwanzig Familien mit insgesamt fünfzig Kindern – als die Häuser nebenan, Nummer 16-17, für einen geplanten Abriss entmietet wurden. Nach Gesprächen mit dem Mieterblock 145 sind die Migrant*innen und Unterstützer*innen in einer Nacht mit Kerzen über den Hinterhof ins Haus gekommen und haben das Haus besetzt. Daraufhin sind sie als große Gruppe zum Bürgeramt gelaufen, wo sie einen vorläufigen Mietvertrag abgeschlossen haben.

Nachdem sie die Wohnungen einigermaßen in Selbsthilfe saniert hatten, eröffneten sie im Oktober 1981 einen Schülerladen. Eine alevitische Mitbesetzerin, die bei der Mobilisierung der Bewohner für die Hausbesetzung eine zentrale Rolle gespielt hatte, gab ihren besser bezahlten Job als Fabrikarbeiterin auf und fing an als Erzieherin in der selbstverwalteten, zweisprachigen, türkisch-deutschen Kita zu arbeiten. Mit den Kindern und Festen sowie den Frühstücken, die sie auf der Straße organisierten, haben die Bewohner*innen viel Nachbarschaftsarbeit geleistet, um die unsichtbare Grenze in der Stadt, die die deutschen und migrantischen Lebensräume trennte, zu durchbrechen. Heute leben noch einige migrantische Mitbesetzer im Haus – sie haben noch immer einen befristeten Mietvertrag mit dem Senat, der nächstes Jahr endet. Die Leute hoffen auf eine Verlängerung des Vertrags und haben Angst vor einem Verkauf an einen privaten Investor.

Abbildung: Die Besetzung der Kottbusser Str. 8: „Hakkimizdi aldik – Wir haben unser Recht selber geltend gemacht“
© Kemal Kurt





Migrantinnen mit Kindern besetzen die Kottbusser Str. 8

Kurdisch-türkische Frauen mit ihren Kindern besetzten zusammen mit kurdischen, türkischen und deutschen Mitarbeiterinnen aus dem Verein TIO (Treff- und Informationsort für Frauen aus der Türkei e.V.) im Februar 1981 die Kottbusser Straße 8. Die migrantischen alleinstehenden Frauen und die Frauen, die sich von ihren Männern trennen wollten, waren von der Wohnungsnot und dem Rassismus am Wohnungsmarkt besonders betroffen.

Im Alphabetisierungskurs im TIO wurde darüber diskutiert selber ein Haus zu besetzen und alle waren sofort dabei.

Als die Frauen ins Haus kamen wurden sie von Handwerkern, die von der GSW für die Sanierung beauftragt waren, rassistisch beleidigt und eine Frau wurde eine Treppe hinuntergestoßen. Aber sie haben schnell eine leere Wohnung gefunden und sich dort eingeschlossen. Die Unterstützer versammelten sich vor dem Haus und warfen den Frauen ein lila Transparent mit der Aufschrift „Nur Mut!“ hinauf. Nach drei Stunden kam ein Vertreter der GSW und nach zwanzig Minuten Gespräch über ihre miserablen Wohnverhältnisse haben die Frauen die Schlüssel bekommen.

Mieterselbsthilfe am Beispiel der Oranienstraße 14a

Das Hausgemeinschaftsmodell Oranienstr. 14a, das von sieben türkischen und zwei deutschen Mietparteien ins Leben gerufen wurde, erscheint als ermutigendes Beispiel, weil die Migrant*innen selber zu Wort kommen und von ihrem Projekt erzählen. Ermutigend im Sinne von Selbstermächtigung und Emanzipation, weil nicht mehr von ‚Ausländern‘, ‚Türken‘, ‚Sie‘ gesprochen wird, sondern von einem ‚Wir‘ und mit einer klaren Ansage:

„Wir wollen in unserem Haus bleiben und sagen dies der SA-MOG auch dauernd. Stattdessen werden wir als Menschen 2. Klasse behandelt [...]. Auch wenn uns die Finanzierung mit öffentlichen Mitteln verweigert wird, werden wir nicht aufgeben. Wir werden wohnen bleiben und die notwendigen Verbesserungen in unseren Wohnungen und an unserem Haus selbst durchführen.“

Kurzzeitige Hausgemeinschaften: Oppelner 27 und Lausitzer 22

Das erste Selbsthilfeprojekt in einem Haus, das überwiegend von Migranten bewohnt war und von der IBA betreut wurde, war die Oppelner Straße 27. In diesem Haus waren noch vierzehn türkische, deutsche und griechische Mietparteien verblieben, die sich gegen ihre Entmietung wehrten. Im November 1980 sind zwei Frauen und zwei Männer, darunter eine Griechin, im Namen aller Mieter des Hauses in einen Hungerstreik getreten. Nach einigen Tagen waren sie soweit erfolgreich, dass das Haus vom dem als ‚Spekulant‘ bekannten Eigentümer an die städtische GSW verkauft wurde.

Das Projekt scheiterte jedoch schließlich nach langen Diskussionen. In einem Beitrag der IBA werden die unterschiedlichen Wohnvorstellungen von deutschen und türkischen Mie-

Abbildung oben: Alphabetisierungskurs im TIO
Rechts: Fatma mit ihrer Tochter vor dem TIO. Fatma war regelmäßig im TIO und wurde bei einem politisch motivierten Angriff auf den Laden 1984 erschossen. Bei dem Angriff wurde auch eine Mitarbeiterin schwer verletzt. © Elisabeth Bagana





tern als zentraler Grund für dieses Scheitern angegeben: „Zwei deutsche Mietparteien, die das Projekt im Wesentlichen tragen, drängen auf schnelle Verwirklichung, haben klare Vorstellungen und Interessen, während der größte Teil der Ausländer noch unsicher ist.“ Anstatt Dominanzverhältnisse zu kritisieren, heißt es hier, dass die Migrant*innen kein Interesse an neuen Wohn- und Lebensformen hätten, sich lieber abschnitten würden, an der gescheiterten Zusammenarbeit die Migrant*innen selbst, ihre Männer, ihre Kultur schuld sei. Diese paternalistische Haltung ist auch in der Analyse von erfolgreichen Beispielen zu finden: Wenn die Migrant*innen unter sich sind (also sich abschnitten), dann klappt es mit dem Selbsthilfeprojekt.

Auch andere Projekte haben leider eine kurze Lebenszeit gehabt wie das geplante erste „deutsch-türkische Gemeinschaftsprojekt“, genannt Lausehaus, in der Lausitzer Str. 22. Das vor der besetzten ‚Regenbogenfabrik‘ liegende und leerstehende Haus wurde, „um das angestrebte Ziel zu erreichen und um die Verhältnisse nicht eskalieren zu lassen“, nicht besetzt, sondern für eine geplante Instandsetzung von einer Selbsthilfegruppe aus türkisch-deutschen Familien, die dort eine offene und familiäre Hausgemeinschaft anstrebten, „provisorisch geschützt“. Entgegen der Versprechungen wurde das Haus allerdings im August 1983 geräumt und zerstört.

Auch nach 1989, dem Fall der Mauer und der Entstehung der zweiten großen Hausbesetzungsbewegung existierten besetzte Räume von Migrant*innen, Refugees und People of Colour, wie beispielsweise Anfang der Neunziger ein gesamter Seitenflügel der Brunnenstraße 7 oder die inzwischen geräumten Häuser

Liniestraße 158 und 159 in Berlin Mitte. Dazu zählen auch die Besetzungen in neuerer Zeit, wie der Oranienplatz (2012-2014), das seit Dezember 2012 besetzte und teilgeräumte Refugee Strike House in der Ohlauerstraße 12, die geräumte Eisfabrik in der Köpenicker Straße (2011-2013) und die ebenfalls geräumte Cuvrybrache in der Cuvrystraße (2012-2014) sowie das noch existente Teepee-Land in der Köpenickerstraße (seit 2012), um nur einige Beispiele zu nennen. Und inzwischen leben auf dem Radical Queer Wagenplatz (vormals Schwarzer Kanal) in der Kieffholzstraße 74 größtenteils Geflüchtete und Migrant_innen, Schwarze Menschen, PoC (People of Colour) und Rom_nja, die von unterschiedlichen politischen, sozialen und Klassenhintergründen mit verschiedenen Perspektiven und aktivistischen Erfahrungen kommen. Darüber hinaus gibt es heutzutage in vielen nun legalisierten ex-besetzten Häusern und Hausprojekten Soli-Zimmer und Etagen für geflüchtete und migrierte Personen.

Urbane Kämpfe der Migration und städtische Migrationspolitik

Stadtpolitik hat immer ein wichtiges affektives Mittel zur versuchten Steuerung der Migration dargestellt. Als der Anwerbestopp 1973 nicht genug war, um die Migration zu stoppen, wurde die Stadtpolitik als ‚Panik-Maschinerie‘ aktiviert. Eine Folge davon war die Zugangssperre, die der Berliner Senat 1975 in Kraft setzte und die daraufhin auch eine Vorreiterrolle für andere Länder gespielt hat.



Abbildung links: Gedenkdemonstration für Celattin Kesim am Kottbuser Tor, der am 5. Januar 1980 beim Verteilen von Flugblättern gegen die drohende Militärdiktatur in der Türkei von türkischen Faschisten, die aus der naheliegenden Mevlana-Moschee in der Skalitzer Straße gekommen waren, ermordet worden ist.

Oben: Demonstration gegen den „Lummer-Erlass“. Der Erlass von 1981 erschwerte die Familienzusammenführung drastisch und zielte besonders auf die Abschiebung von migrantischen Jugendlichen. Lummer, der damalige rechtskonservative Innensenator von Berlin, hat damals auch die Räumungen der besetzten Häuser durchgesetzt – bei einer von ihnen kam Klaus Jürgen Rattey zu Tode.

© Elisabeth Bagana

Nach dieser Sperre durften Migrant*innen aus Nicht-EG Ländern nicht mehr in den Tiergarten oder nach Wedding und Kreuzberg umziehen. Zum Beispiel durfte sich ein neu einreisendes Familienmitglied nicht mehr in der Wohnung der Eltern in Kreuzberg anmelden. Es musste entweder allein außerhalb dieser drei Bezirke wohnen oder die ganze Familie musste eine neue Wohnung außerhalb dieser drei Bezirke suchen, was durch Rassismus am Wohnungsmarkt fast ausgeschlossen war. Die Zugangssperre stellte damit eine Art indirekter Abschiebepolitik dar, weil die Leute, die sich nicht anmelden konnten keinen Aufenthaltsstatus bekamen. Neben langjährigen rechtlichen Kämpfen gegen diese menschenunwürdige Sperre sind Migrant*innen auch strategisch damit umgegangen, z.B. durch Scheinmeldungen. Eine Broschüre die vom damaligen Ausländer-Komitee herausgegeben wurde dokumentiert diese Kämpfe.

Migrantische Kämpfe um die Stadt waren noch mehr als Selbsthilfe-Projekte und Hausbesetzungen. Die kleinen migrantischen Gewerbetreibenden haben leerstehende Läden und damit auch die Nachbarschaft wieder (neu) belebt und boten eine Alternative zu Supermärkten. Die Migrant*innen, die so lange wie möglich die heruntergekommenen Häuser nicht verließen, haben damit oftmals den Abriss verhindert. Sie haben die Funktion von öffentlichen Räumen transformiert. Sie haben viel gearbeitet, aber auch gelebt und gekämpft. Vor allem waren die Migrantinnen eine entscheidende Zugkraft in den Kämpfen um die Stadt. Ihre Geschichten sind unter jedem Pflasterstein dieser Stadt zu finden.

Literatur zum Weiterlesen

- Allmende e.V. (Hrsg.), Mehr als 50 Jahre Migration. Dokumentation von 2 Touren zu Orten migrantischen Widerstands in Berlin (Broschüre), Berlin 2014.
- Amantine, Gender und Häuserkampf. Genderspezifische Aspekte und anti-patriarchale Kämpfe in den Häuserbewegungen in der BRD und Westberlin, Münster 2011.
- Ausländerkomitee (Hrsg.), Gleiches Wohnrecht für Alle. Dokumentation zur Zugangssperre für ausländische Arbeiter (Broschüre), West-Berlin 1978.
- Elisabeth Bagana u.a., Treff- und Informationsort für Frauen aus der Türkei. Lebenssituation von Frauen aus der Türkei und Möglichkeiten der Sozial- und Gemeinwesenarbeit, Berlin 1982.
- Anne Broden/Paul Mecheril (Hrsg.), Solidarität in der Migrationsgesellschaft. Befragung einer normativen Grundlage, Bielefeld 2014.
- David Harvey, Rebel Cities. From the Right to the City to the Urban Revolution, Verso, 2012 (Rebellische Städte. Vom Recht auf Stadt zur urbanen Revolution, Berlin 2013.)
- Emine Sevgi Özdamar, Die Brücke vom Goldenen Horn, Köln 2015 (1998).

HAUSBESETZUNGEN IN OSTBERLIN 80ER/90ER

Bröckelnder Beton – Vom Mauersprung zum Mauerfall

Im Jahr 1988 entstand an der Grenze zwischen Ost- und Westberlin ein kuriozes Dorf: Mehrere hundert aufmüpfige Westberliner*innen besetzten fünf Wochen lang das noch heute als Lenné-Dreieck bezeichnete Gebiet, das zwar auf Westberliner Seite lag, aber eigentlich zum Staatsgebiet der DDR gehörte. Auf dem ungenutzten Niemandsland hatte sich ein vielfältiges Biotop entwickelt, dort plante der Westberliner Senat nun eine graue Autobahn. Dies war Anlass für die Besetzung, an der sich Umweltschützer*innen, Punks, Autonome und weitere Linke aus Westberlin beteiligten. Während die DDR kein Interesse an den Besetzer*innen zeigte, durfte die Westberliner Polizei nicht auf das Gelände. Am 26. Mai wurden die ersten Hütten auf dem Kubat-Dreieck aufgebaut. Es entwickelte sich ein buntes Dorf mit Hütten, Straßenschildern, VoKü's, Gemüseanbau und vielem mehr. Die Westberliner Polizei zäunte das Gebiet ein und traktierte die Bewohner*innen von außen mit Wasserwerfern. Am 20. Juni 1988 begann sie mit einem Großeinsatz, bei dem ca. 1000 Kartuschen Tränengas abgeschossen wurden. Die Besetzer*innen jedoch wehrten sich: Drei Tage lang rissen sie mit Hilfe von Molotowcocktails einen Teil der Umzäunung nieder. Nach der Gebietsübergabe am 1. Juli 1988 begann die Westberliner Polizei bereits am frühen Morgen mit der Räumung. Rund 200 Besetzer*innen kletterten über die Mauer nach Ostberlin, unterstützt von den Grenzbeamten der DDR. Nach einem Frühstück und kurzer Befragung wurden die Mauerspringer*innen wieder zurück nach Westberlin gebracht.

Auf der Ostseite der Mauer war ein Teil der antiautoritären Linken derweil mit anderen Dingen beschäftigt: Auseinandersetzungen mit der Kirchenleitung hatten zu der Idee geführt, parallel zum offiziellen Kirchentag 1987 einen „Kirchentag von Unten“ zu veranstalten. Mehr als 6000 Besucher*innen kamen. Aufgrund des großen Interesses und um die Kirche zu stärkerem politischen Engagement zu drängen, gründeten die Initiator*innen im September 1987 die überregionale Basisgruppe „Kirche von Unten“ (KvU). Die verstand sich nicht nur als innerkirchliche Opposition, sondern nahm bei vielen gesellschaftspolitischen Konflikten kein Blatt vor den Mund. 1988 erhielt die KvU eigene Räume im Gemeindehaus der Elisabethengemeinde, auch die Zionskirche mit der hier angesiedelten Umwelt-Bibliothek wurde genutzt. Diese Räume wurden bald zu einer der wichtigen Zentralen der DDR-Oppositionsbewegung, gleichzeitig gab es Punk-Konzerte und politische Veranstaltungen. Unter anderem wurden hier die Ergebnisse der unabhängigen Stimmauszählung bei der Kommunalwahl der DDR 1989 zusammengetragen, ausgewertet und vervielfältigt. Nach dem Fall der Mauer nutzten viele Initiativen den entstandenen reichsfreien Raum und die leeren Häuser in Ostberlin für Besetzungen, etwa die Umweltbibliothek, die in der Lottumstraße besetzte. Dort entstand auch das benachbarte Wohnprojekt, das bis heute über das Bandito Rosso im mittlerweile gentrifizierten Berlin-Mitte und Prenzlauer Berg in unkommerziell genutzten Räumen politisches Leben möglich macht. Auch für die KvU ging die Geschichte weiter:

Sie zog in die Kremmener Straße in Berlin-Mitte, musste aber 2014 nach einem längeren Kampf mit einem Spekulantenunternehmen aus Wien ausziehen. Seitdem hat sie ihre Räume in der Storkower Straße 119. Punkkonzerte, Fleischfresserays für Bedürftige und politische Veranstaltungen gibt es bis heute.

Vor und nach dem Mauerfall – Hausbesetzungen in Ostberlin

Wohnungsbesetzungen gab es in Ostberlin bereits vor dem Fall der Mauer. Viele Häuser in der DDR standen leer, freie Wohnungen wurden über die Kommunale Wohnungsverwaltung vermittelt. Einige wollten darauf nicht warten und nahmen sich den Leerstand. Staatliche Stellen registrierten für das Jahr 1979 in Ostberlin 1.200 Wohnungsbesetzungen. 1987 waren es allein im Bezirk Prenzlauer Berg schon 1.270 Besetzungen. Oftmals reichte ein Besuch bei der Wohnungsbaugesellschaft, um die Wohnung mit ein paar Tricks zu legalisieren, manche Wohnung blieb dagegen still besetzt. Einige fanden sich aber auch auf der Straße wieder, nicht selten war die Folge eine saftige Geldstrafe. Offene Hausbesetzungen waren selten, wurden jedoch immer wieder versucht. So besetzten Punks ein Haus in der Ostberliner Gleim- und Wörther Straße im Stadtbezirk Prenzlauer Berg; auch in der Pfarrstraße in Berlin-Lichtenberg wurde ein Haus von Punks besetzt. Diese wurden jedoch recht schnell von Polizei und Staatssicherheit beendet, die hinter diesen Besetzungen die Bildung neuer konspirativer „feindlich negativer“ Zentren vermutete.

Zwischen dem 9. November 1989 und der offiziellen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 entstand in Ostberlin ein wohnungspolitisch unsicherer rechtlicher Raum: Solange ehemalige Eigentümer*innen ihre Besitzansprüche nicht geltend machten oder nicht feststanden (viele von ihnen waren von den Nationalsozialisten enteignet und umgebracht worden), konnte auch kein Räumungsbegehren gestellt werden. Ein Teil der Häuser war weiterhin in kommunaler Verwaltung. Da die Behörden nicht wussten, wie sie mit den Besetzungen umgehen sollten, duldeten sie sie zunächst. Als erstes komplett besetztes Haus entstand so die Schönhauser Straße 20/21, die im August 1989 von Lehrlingen, jungen Arbeiter*innen und Studierenden besetzt wurde. Ebenfalls zu den ersten Häusern gehörte die Prenzlauer Allee 203/204. Seit dem Frühjahr 1989 wurden die Wohnungen des Hinterhauses eine nach der anderen einfach bezogen. Im Januar 1990 erklärten sich die Wohnungsbeset-

Abbildung: Heute ist Prenzlauer Berg das Symbol für Gentrifizierung. In den Anfangsjahren wehrten sich Mieterinnen und Mieter gegen Privatisierung und Vertreibung. © Plakatarchiv





zer*innen als Gruppe und das Haus als besetzt.

Unter den ersten besetzten Häusern war auch ein Flügel des ehemaligen Kaufhauses in der Friedrichstraßen-Passage an der Oranienburger Straße in Berlin-Mitte, das „Tacheles“. Dort hatten sich vor allem Künstler*innen und Kulturschaffende einquartiert, um ein neues Kunst- und Kulturzentrum zu etablieren. Die Besetzung am 13. Februar 1990 und ein eingebrachter Dringlichkeitsantrag auf dem „Runden Tisch“ in der Bezirksverordnetenversammlung Mitte konnte den für den 10.4.1990 festgesetzten Sprengtermin gerade noch verhindern. Später wurde das Haus unter Denkmalschutz gestellt, aber nach einem langem Kampf 2015 endgültig geräumt. Ebenfalls im April und Mai wurden zwölf Häuser in der Mainzer Straße in Berlin-Friedrichshain auf Initiative der Kirche von Unten von etwa 200 Menschen angeeignet.

Auch die erste Kampagne „Wir bleiben alle!“ geht auf eine Initiative aus Ostberlin zurück. In den 1980er-Jahren gab es Planungen, Teile der Oderberger Straße in der Nähe des Mauerparks abzureißen und durch Neubauten in Plattenbauweise zu ersetzen. Der Widerstand der Anwohner*innen entstand zunächst auf Basis des örtlichen Wohnbezirksausschusses (WBA). Der WBA erreichte um 1985 die Nutzung mehrerer zusammenhängender Hofgrundstücke als Kieztreffpunkt Hirschhof. Hier wurden Kunstwerke ausgestellt, Theater gespielt, Filme vorgeführt und Feste gefeiert. Im August 1992 standen die Mieter*innen vor einer saftigen Mieterhöhung. Das Bündnis „Wir bleiben alle!“ von Autonomen bis hin zu einigen Sozialdemokrat*innen brachte teilweise bis zu 20.000 Menschen auf die Straßen, die Mieterhöhungen konnten sie nicht verhindern.

Ostberlin – Mekka für Hausbesetzer*innen und andere Desperados

Bis zum Sommer 1990 wurden in Ostberlin hunderte Häuser besetzt. Hauptsächlich in den Stadtbezirken Prenzlauer Berg, Mitte, Friedrichshain und Lichtenberg. Bereits im April und Mai 1990 wurden zwölf Häuser in der Mainzer Straße in Berlin-Fried-

richshain auf Initiative der „Kirche von Unten“ von etwa 200 Menschen angeeignet. Waren es anfänglich nur Ostberliner*innen, kamen nach einem Aufruf von Ostberliner Antifas, Anarchist*innen und Autonomen im Westberliner Autonomienblatt „Interim“ schnell auch viele Menschen aus Westberlin und der BRD. Der Stadtrat für Inneres in Ost-Berlin, Thomas Krüger, kommentierte: „Es kann nicht sein, daß Ost-Berlin zum Mekka für Pseudolinke und andere Desperados wird. (...) Ost-Berlin ist derzeit die am leichtesten besetzbare Stadt Europas.“

Das Mekka der Desperados brachte unzählige Kneipen, politische Gruppen und Künstlerkollektive hervor. Immer mehr wurden von Westberliner*innen besetzt. Die Brunnenstraße 6/7 wurde 1990 von Studierenden besetzt, die am Lateinamerika-Institut gemeinsam am Unistreik der Freien Universität Berlin teilgenommen hatten und in der Brunnenstraße die Idee des Zusammenlebens und gemeinsamer Politik verwirklichen wollten. Andere wie das Projekt „KuLe“ (Kunst und Leben) in der Auguststraße 10, einem Haus, das im Sommer 1990 von Studierenden der Hochschule für Künste besetzt wurde, wollten gemeinsam künstlerisch arbeiten und leben. „Erst“ am 20. Juni 1992 wurde das Haus in der Kastanienallee 77 von der Gruppe „Vereinigte Farben Wawavox“ in einer Kunstaktion, „Kunst-Besetzen-1.Hilfe“, besetzt. Die Gruppe wollte Leerstand beseitigen und Wohn- und Arbeitsraum für künstlerische Tätigkeiten schaffen.

Viele wurden im Verlauf der kommenden Jahre geräumt, die letzten Häuser verloren ihre Existenz unter dem ehemaligen Bundeswehrgeneral und als Hardliner bekannten Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) in der Zeit von 1996 bis 1998. Dazu zählen die Häuser Pallisadenstraße 49 in Berlin Friedrichshain, geräumt am 26.3.1996. Das Haus wurde sofort durch Bautrupps unbewohnbar gemacht, die Fenster zerstört und Hab und Gut der Bewohner aus den Fenstern geworfen. Danach ging es Schlag auf Schlag: Am 27. März wurde die Kleine Hamburger Straße 5 geräumt, es folgten am 11. April das Vorderhaus der Rigaer 80, am 17. April Alt-Stralau 46, am 9. Juli Kreuzziger Straße 11, Samariter 33 und East-Side-Gallery, 8. August Marchstraße/Einsteinufer, im September die Liniestraße 158/159 und am 29. Oktober Kreuzziger 12, 13 und 21. Einige Häuser konnten ihre Besetzungen durch Verhandlungen erhalten, dazu gehören die Liniestraße 206, die Lottumstraße 10a, Fehrbelliner 7, Brunnenstraße 6/7 und das Projekt in der Christinenstraße 15 am Teutoburger Platz.

Ein kurzer Sommer:

Das Symbol „Mainzer Straße“

Die Besetzungen in der Mainzer Straße in Friedrichshain begannen im April und Mai 1990 auf Initiative der „Kirche von Unten“, etwa 200 Menschen aus Ostberlin eigneten sich die ersten Häuser an. Doch es war noch viel mehr Platz in der Straße, die mit öffentlichen Geldern saniert werden sollte, um sie dann an ein privates Immobilienunternehmen, einer Nachfolgefirma des berühmten Immobilienhais „Neue Heimat, zu verschleudern. Nach einem Aufruf in der Westberliner Autonomenzeitung „In-



Abbildung links: Aufruf zum 1. Mai
© Plakatarchiv
Oben: Erster Infoladen in Ostberlin
in der Schönhauser Straße 20/21
© Wenke Rottstock

BERLIN BESETZT Aktionswoche der besetzten Häuser und Wagenburgen

Bezahlbare Mieten statt teure Paläste

Kiezspaziergang vom Koppenplatz zum Stadtschloss



Mittwoch,
20.10.93
15:00 Uhr
Koppenplatz
(U-Bahn
Rosenthaler
Platz)

Plakat der Initiative
und allerorts besetzten
Häuser und
Wagenburgen Mitte,
Altberlin
von Michael Althaus
1993, S. 1, 1. Auflage
Urban & Schwarzenkopf
Unter den Eichen

terim“ an „Frauen und Männer aus Ost und West (...), sich diese Häuser zu nehmen, bevor es zu spät ist“, waren innerhalb kürzester Zeit zwölf Häuser in der Straße besetzt.

Doch das Glück währte nur einen Sommer. Am 12.11. 1990 räumte die Polizei drei nach dem 24.7.90 besetzte Häuser in der Pfarrstraße und der Cotheniusstraße in Lichtenberg. Aus Solidarität wurden Barrikaden mit Baustellengittern auf der Frankfurter Allee errichtet. Die Polizei antwortete mit dem Beschuss von Tränengas und Wasserwerfern auf die Häuser in der Mainzer Straße. Die Besetzer*innen begannen Barrikaden zu bauen und der B-Rat erklärte auf einer Versammlung, diese im Falle einer politischen Lösung für alle Häuser, einer Nichträumungsgarantie sowie der Rückgabe der geräumten Häuser und dem Einstellen der Strafverfahren, wieder abzubauen. Die Polizei versuchte am Abend erneut in die Häuser zu gelangen. Es entwickelten sich heftige Auseinandersetzungen bis in die Nacht, bei der alle Vermittlungsversuche scheiterten. Den folgenden Tag nutzten die Bewohner*innen, um zu einer Verhandlungslösung zu kommen. Erneut wurde angeboten, die Barrikaden bei einer Nichträumungsgarantie abzubauen. Nachdem jedoch klar wurde, dass eine Räumung für den 14.11.1990 vorgesehen war, wurden die Barrikaden verstärkt.

An diesem Tag räumten 3000 Polizeibeamte, mit Unterstützung aus Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, ausgerüstet mit Hubschraubern, Polizeipanzern, vermummten SEK-Einheiten, Wasserwerfern und schwerem Räumgerät nach stundenlangen heftigen Auseinandersetzungen mit den Besetzer*innen und ihren Unterstützer*innen, die sich mit Steinen und Molotowcocktails verteidigten, die Häuser in der Mainzer Straße. Die Polizei setzte CS/CN-Gas, Blendschockgranaten, sowie scharfe Munition ein. Einer Person wurde in den Fuß geschossen. 417 Personen wurden festgenommen. Abends kam es zu einer Solidaritätsdemonstration mit 10.000 Menschen. Derweil feierte die Polizei in der Mainzer Straße eine „Siegesorgie“. Sie spielten Fußball, sangen, klauten den Sekt aus dem Haus Nr. 4 und das Bier aus dem Haus Nr. 7.

„Die Mainzer war ja letztlich nicht lange besetzt, aber dadurch, dass es so viele Häuser waren, war die Straße ganz

Abbildung: Aufruf zum Kiezspaziergang
gegen hohe Mieten in Berlin-Mitte 1993
© Plakatarchiv

schnell im Mittelpunkt von verschiedenen Gruppen, jeder kann- te jemanden, der in der Mainzer wohnte. Und dann die Räumung über mehrere Tage hinweg und dem Panzereinsatz von der Berliner Polizei... brennende Straßenbahnen... Es war auch nicht klar, wie weit wird die Polizei und die Berliner Regierung gehen, zu welchen Mitteln werden sie noch greifen. Ich fand das schon sehr beeindruckend, ich weiß gar nicht wie ich die Worte dafür finden soll, es war auch einfach schon heftig, dass sie die Leute da raus geräumt haben, damit haben sie auch ein Herzstück aus der Bewegung gerissen“, beschreibt eine der damaligen Unterstützer*innen.

Am Morgen des 15. November begannen die Demolierungsarbeiten in der Mainzer Straße: Mobiliar, Geschirr, Bücher, Stereoanlagen flogen aus den Fenstern, Möbel wurden mit Äxten zertrümmert und die Bevölkerung wurde zur „Plünderung“ aufgefordert. Politiker*innen und die Medien diskreditierten die Besetzer*innen, so behauptete der Regierende Bürgermeister Walter Momper (SPD) auf einer Pressekonferenz, dass die Besetzer*innen der Mainzer Straße zu keiner Zeit zu Verhandlungen bereit gewesen wären. Aufgrund der Räumungen beschloss die Alternative Liste (AL), die Regierungskoalition mit der SPD zu verlassen.

Wer wenn nicht wir?

Selbstorganisierte Strukturen schaffen

Über 100 besetzte Häuser in Ostberlin. Über 1000 Besetzer*innen. Gekommen, um zu bleiben. Damit sie gegenüber den staatlichen Behörden gemeinsam auftreten konnten, wurde im Januar 1990 in den Räumen der Ostberliner „Kirche von Unten“ (KvU) der Gesamtberliner Besetzerrat (B-Rat) gebildet. Das Verhandlungsgremium sollte die Handlungen aller Häuser koordinieren und die Verhandlungen mit der Kommunalen Wohnungsverwaltung (KWV) und dem Magistrat organisieren und führen. Ähnliche Räte gab es zuvor in den einzelnen Bezirken, etwa in Prenzlauer Berg. Nach Gründung eines Vertragsgremiums der besetzten Häuser als Teil des B-Rates, wurde am 27.6.1990 erstmals im Namen von rund 90 im Vertragsgremiums zusammengesetzten Häusern (manche verhandelten alleine oder gar nicht) direkt mit dem Ost-Berliner Magistrat verhandelt, um zu einer Gesamtlösung für alle besetzten Häuser im Ostteil der Stadt zu gelangen. Ziel dieser Verhandlungen war die Sicherung der Häuser für die Bewohner*innen durch langfristige Nutzungsvereinbarungen mit der Stadt - in deren Besitz sich (damals noch) die Häuser befanden.

Zwar verhandelte der Magistrat, gleichzeitig wurde jedoch mit dem Stichtag 24.7.90 die „Berliner Linie“ (Räumung von Neubesetzungen innerhalb von 24 Stunden) auch im Ostteil der Stadt eingeführt. Zudem ließ der Magistrat von Gutachtern prüfen, wie besetzte Häuser nach DDR-Recht, das ja noch galt, zu

räumen seien. Das Gutachten kam jedoch zu dem Schluss, dass eine Räumung nach DDR-Recht „leider“ nicht möglich wäre, solange nicht die Namen der Besetzer*innen bekannt seien. Am 30.8. nahm der Magistrat die Verhandlungen wieder auf. Eine Einigung gab es nicht, am 8. Oktober 1990 wurden die Verhandlungen von Seiten des Magistrats abgebrochen. Begründung: Keine Verhandlungen, solange die Gremien anonym sind. Nur „Einzelverhandler“ haben in dieser Zeit Nutzungsvereinbarungen erreicht.

Im November kam es dann zu einem einschneidenden Ereignis, in dessen Folge auch die Selbstorganisation der Besetzer*innen zerbrach: die Räumung der Mainzer Straße im November 1990. Einige Häuser trafen anschließend auf Bezirksebene auf Politiker*innen, die ebenso eine Einigung erzielen wollten wie die Besetzer*innen, es wurden zahlreiche „Runde Tische“ einberufen. Innerhalb der Besetzerräte war dieses Vorgehen höchst umstritten. Viele wollten erst verhandeln, wenn die Häuser der Mainzer wieder in ihren Händen sind. „Die Frage von Verhandeln oder nicht war eine heftige Diskussion über die auch einiges in die Brüche zu drohen ging, weil den Häusern, die verhandelt haben vorgeworfen wurde, ihr lasst die anderen im Stich. Und die Häuser, die verhandelt haben, haben gesagt, es ist unrealistisch, dass wir die zehn Häuser in der Mainzer Straße zurückbekommen“, erzählt eine ehemalige Hausbesetzerin.

Die Selbstorganisation der Häuser umfasste jedoch weit- aus mehr als die Verhandlungen über Nutzungen und Mietverträge. Einige Häuser waren freundschaftlich politisch vernetzt, so dass kleinere Aktionen schnell geplant und umgesetzt wurden. Viele Bewohner*innen sahen ihr Leben in Projekten nicht als Privatvergnügen und „Schöner-Wohnen-Möglichkeit“. Es gab Infoläden, öffentliche Feste wie den Libertären Jahrmarkt in Prenzlauer Berg, Veranstaltungen, Volksküchen und gemeinsame Proteste etwa gegen Mietsteigerungen, wachsenden Nationalismus und andere deutsche Zustände.

So mussten sie sich vermehrt mit der stärker werdenden Neonaziszene zu Beginn der 1990er Jahre auseinandersetzen. Einzelne Häuser wurden vermehrt von Neonazis und Fußball-Hools angegriffen, wie z.B. am 17. März 1990, als mehrere hundert Nazi-Skins und Fußball-Hools nach einem Fußballspiel zwischen BFC und Energie Cottbus die Schönhauser Allee 20/21 attackierten. So entstanden in den Häusern Strukturen antifaschistischer Gegenwehr.

Keine Randerscheinung: Der andere Ost-Westkonflikt

Als immer mehr Häuser von Westberliner*innen besetzt wurden, blieben Konflikte nicht aus. Da es nicht möglich ist, hierzu einen abschließenden Text zu verfassen, hier einige Zitate aus Interviews:

„Wir waren mehrere verschiedene politische Gruppierungen aus Westberlin und hatten auf einem Treffen ‚89 für uns beschlossen, wir wollen zusammen leben und politisch arbeiten, Wohnraum für uns aneignen, was wir legitim fanden. Wir wollten halt nicht mehr so viel Miete zahlen, einfach politisch wirken. Wir haben uns dann zielgerichtet auf den Weg gemacht und in Ostberlin ein Haus gesucht, was in Westberlin sehr umstritten war. Es gab den Vorwurf von wegen Okkupation. Ihr könnt doch nicht einfach in den Osten gehen und es euch so einfach machen.“

„Ich glaube es war insgesamt so, dass die einen gesagt haben, „wir sind schon hier und wir versuchen hier was zu machen“ und wir sind hier ja sozusagen rein kolonialisiert, wir waren ja so unheimlich viel Wessis, die hier rübergekommen sind und letztlich haben wir ja auch Raum für uns beansprucht. Ich glaube, es war auch das Ding, dass die Leute hier gesagt haben, eigentlich wollen wir uns doch erstmal orientieren und wollen erstmal gucken, was wir jetzt machen und dann kommen die Wessis und sagen schon mal wie es geht. Das war der Knackpunkt.“

„Also, es gab schon die Trennung zwischen den Ost und den Westhäusern, das war schon irgendwie präsent. Wir waren ja alle aus dem Lateinamerika-Institut von daher auch alle aus dem Westen. Es gab aber Kontakte, jedoch mehr zu den Häusern Richtung Friedrichstraße als zu den Häusern Richtung Prenzlauer Berg. Im Prenzlauer Berg waren mehr Häuser von Leuten aus dem Osten besetzt. Das war immer recht getrennt, ich weiß nicht, ob in der Lottumstraße jemals ein Wessi gewohnt hat, ich glaube da waren nur Ossis, und in der Schönhauser auch. Es gab aber auch Projekte, die zusammen gemacht wurden wie die BesetzerInnenzeitung, die gleich 1990 entstanden ist. Das waren die unterschiedlichsten Leute und in der Zeitung spiegelten sich die Diskussionen auch wieder.“

„Natürlich gab es auch immer die Kritik - vielleicht zum Teil berechtigt - einer Westarroganz. „Da kommen jetzt die Westberliner Autonomen und erzählen jetzt Autonomen oder Anarchisten aus der DDR wo es lang geht, wo es langzugehen hat, was jetzt der richtige politische Weg ist.“ Diese Arroganz gab es tatsächlich und dementsprechend gab es auch die Kritik, die ich zum Teil auch berechtigt fand. Aber es gab auch eben viele gute und konstruktive Diskussionen und das

Ganze hat sich mit der Zeit auch immer mehr vermischt. Sagen wir mal so, ich habe auch positive Erfahrungen gemacht. Es gab ja auch die Demos hier „nie wieder Deutschland“ und an diesen Punkten gab es viele Überschneidungspunkte mit der antiautoritären Linken in der DDR.

„Es gab auch Konflikte zum Beispiel beim Thema Sexismus, sexistischem Sprachgebrauch, Alkohol auf Demos, da gab es Diskussion, die waren zum Teil schwierig. Nicht weil es unterschiedliche Ansichten gab, sondern durch die Art und Weise, wie diskutiert wurde. Ich kann sagen „ich finde das doof“ oder ich kann sehr arrogant rüberkommen und sagen „habt ihr es noch nicht geblickt“.

„Auf der anderen Seite gab es auch die Kritik, dass es in einem Teil der Linken - auch der Autonomen - ein sehr verklärtes Bild gab, was ein sozialistischer Staat bedeutet und da war es sehr erfrischend, auch mal von den Oppositionellen darüber erzählt zu bekommen.“

„Ich glaube, dass zumindest für die Ostberliner der Mythos des Besetzens nicht so stark ausgeprägt war. Dass das ein relativ normaler Weg war, einen Mietvertrag zu bekommen. Bevor wir in die Neue Schönhauser gezogen sind im Sommer oder Herbst ‚89, sind wir erst mal durch Prenzlauer Berg und Mitte gezogen und hatten Häuser gesucht. Dann waren so viele Häuser leer, dass man gleich noch ein paar Freunde einladen konnte. Der Mythos, dass wir irgendwie das Privateigentum außer Kraft setzen und revolutionäre Vorhut für irgendwas sind, dass spielte in dem Moment keine Rolle.“

„Speziell Gruppen, die aus Westberlin gekommen sind, haben es darauf angelegt, irgendwann geräumt zu werden. Das war für die total klar. Es wird nicht verhandelt, wir werden geräumt.“

„Bei uns war total auffällig, dass das nur Wessis waren. Wir hatten dann damals da den Quoten-Ossi wohnen.“

„Als wir in den Osten gezogen sind, haben wir alle gedacht, da gibt es jetzt bestimmt Integrationsprobleme. Aber das gab es eben nicht. Wir wurden sehr freundlich aufgenommen, speziell von der Lottumstraße, was dann auch unser Schwesternhaus war. „Empfangen“ kann man geradezu sagen. Da gab es Partys dann im Osthaus. Es gab ein Osthaus und wir waren das Westhaus. Bei uns waren nur Wessis, da waren nur Ossis. Aber wir kamen uns irgendwie willkommen vor.“

„Das war dann so ganz typisch: Die Westberliner WG’s im Vorderhaus und die Ostberliner im völlig rotten Hinterhaus.“

Danke an den Telegraf und die Brunnen 6/7 für die Möglichkeit, die Zitate zu verwenden. Die kompletten Interviews im telegraf finden sich auch unter: <http://www.squatter.w3brigade.de/>.



Abbildung: Demo für Freiräume,
Hausprojekte und Wagenplätze in
Berlin-Mitte 1995
© Kiezgruppe

Auch wenn nichts zu Ende ist: „Das sieht man ja, wie das jetzt hier aussieht“

Die Gentrifizierung ist in Mitte und Prenzlauer Berg rasant schnell vonstatten gegangen, auch in Friedrichshain gibt es inzwischen zahlreiche Luxuswohnprojekte und Eigentumswohnungen. Trotzdem ist besonders durch die verschiedenen Projekte das Kiezgefühl und der Widerstand nicht ganz verschwunden. „Aber wir konnten der Entwicklung politisch auch nicht wirklich viel entgegen setzen, außer vielleicht die Projekte, die wir hatten, zu sichern. Das das sieht man ja jetzt auch, wie es hier jetzt aussieht“, sagt einer der ehemaligen Bewohner der Brunnenstraße 6/7.

Bis heute gibt es Hausprojekte aus der Zeit der Hausbesetzungen in Ostberlin, die Teil der linksradikalen Szene sind, in denen es Küche für alle, Buchläden, Cafés und Kneipen gibt, und die für ihren Erhalt weiter kämpfen:

Die Brunnenstraße 6/7 in Berlin-Mitte führt seit dem Herbst 2014 Mietauseinandersetzungen mit der Westberliner Vermieterfamilie Gawehn. Obwohl in den Mietverträgen festgelegt worden war, dass nach der für die Zeit nach der Sanierung festgelegten Staffelmiete weiter Mieterhöhungen ausgeschlossen sind, will der Vermieter mehr Geld. Zuletzt hatte es Verhandlungen im Amtsgericht Mitte gegeben, das die Klage der Vermieter auf Mieterhöhung zurückgewiesen hatte. Das Landgericht Mitte ließ es gar nicht erst zur Verhandlung kommen und wies die Klage im Oktober 2015 als „offensichtlich unbegründet“ zurück.“ Damit stehen die Chancen für den langfristigen Erhalt des Hauses nicht schlecht.

Die Linienstraße 206 wurde in den vergangenen Jahren unzählige Male an Spekulanten verkauft, die versuchten mit dem Haus Profit zu machen. Hatte der erste Neubesitzer nach der Rückübertragung an eine Erbgemeinschaft noch rund 600.000 DM bezahlt, zahlte der nächste 2008 schon 430.000 Euro. 2010 kauften die jetzigen Eigentümer, die Lippert und Wadler GbR, das Haus für 600.000 €. Der Preis für die Linie 206 hat sich also in den vergangenen zwölf Jahren faktisch verdoppelt, ohne dass irgendeiner der Besitzer in das Haus investiert oder sich auch nur um den Erhalt gekümmert hat. Zweimal haben die Bewohner_innen bereits versucht, das Haus zu erwerben und somit endlich, wie bei der Besetzung 1990 gedacht, dem Immobilienmarkt dauerhaft zu entziehen. Beide Male verkauften die Eigentümer_innen kurz vor einer Einigung an andere Interessenten. Bisher hat jedoch der Widerstand der Bewohner_innen und ihrer Freund_innen und Sympathisant_innen ein Ende des Projekts verhindert.

Die Rigaer Straße 94 in Berlin Friedrichshain wurde im März 1992 durch einen Rahmenvertrag und Einzelmietverträge mit der Wohnungsbaugesellschaft Friedrichshain legalisiert. Nach mehreren Besitzern und dem Versuch der Bewohner_innen, das Haus selbst genossenschaftlich zu kaufen, wurde das Haus im September 2000 an Suitbert Beulker verkauft, der sich in keinster Weise für den Erhalt des Projektes interessierte. Im Gegenteil, im Januar 2001 schickte er fristlose Kündigung aller Mietverträge und will am liebsten sofort räumen. In den folgenden Jahren wechseln sich Räumungsklagen, Polizeieinsätze und Wiederbesetzungen ab. Seit die Bewohner_innen Ende 2013 den Versuch Beukers ablehnten, das Haus durch einen Verkauf an die Edith-Marion-Stiftung zu legalisieren, gehört die Rigaer Straße 94 der Lafone investment limited, einer Briefkastenfirma auf den Britischen Jungferninseln.

MIETER*INNENKÄMPFE

DER GEGENWART

IN BERLIN



Viele machen viel

Nach den stadtpolitisch eher ruhigen Oer Jahren, die Kämpfe um „Freiräume“ und gegen Großprojekte prägten, war es ein Erfolg als an einem regnerischen Samstagnachmittag im November 2008 eine Mietendemo mit 1200 Leuten durch Kreuzberg zog.

Seitdem nahm der Widerstand gegen die Zumutungen der kapitalistischen Stadtpolitik rasant an Fahrt auf. Es gab hunderte von Aktionen. Demonstrationen, Kundgebungen und Infostände, Hausbesetzungen, die Blockade eines Investorenausflugdampfers auf der Spree und die Blockade von Zwangsräumungen, gesmashte Veranstaltungen von Politiker*innen und Investor*innen und gesmashte Scheiben von Immobilienbüros und Luxuslofts. Bei Straßenfesten wurde gefeiert, auf Vernetzungstreffen und Konferenzen diskutiert und gestritten, in Stadtteilinis versucht, sich mit den Nachbar*innen zu organisieren.

Und es gab und gibt dutzende von Initiativen, die weit über die Politszene hinausreichen. Manche beziehen sich auf die ganze Stadt wie das Bündnis Zwangsräumung verhindern, manche auf den Stadtteil wie Wem gehört Kreuzberg, manche gibt es schon lange wie Karla Pappel, manche erst einen Sommer wie Bizim Bakkal, manche besetzen ihre Freizeitstätte wie die Rentner*innen aus der Stillen Straße, manche organisieren ihr Haus wie die Friedelstraße 54. Und ein alter Akteur trat neu und kraftvoll auf, besetzte Plätze, Schulen und Dächer: die Refugee-Bewegung. Wir sind viele und viele können viel erreichen.

David gegen Goliath!

Was ist neoliberale Stadtlogik in Berlin? Es wird behauptet, die Kassen seien leer. Um die Wirtschaft so richtig in Fahrt zu bringen, wird an sozialen Einrichtungen gespart und an Großprojekten gebaut. Doch wenn sich viele kleine Fische organisieren, können Großprojektfische vertrieben werden.

Zu den Berliner Großprojekten zählen der Ausbau des Flughafens Schönefelds, der Wiederaufbau des Schlosses, das Projekt Mediaspree, die Verlängerung der A100 durch Neukölln und Treptow, die Pläne zur Nachnutzung des Flughafens Tempelhof, die Idee einer Olympiabewerbung oder die Privatisierung von Infrastruktur.

Die Pläne für das Projekt Mediaspree stammen aus den 90er Jahren; der Verein Mediaspree e.V. existierte von 2004 bis 2008. Das Projekt Mediaspree umfasst ungefähr 3,7 km entlang beider Seiten der Spree und betrifft die Stadtteile Mitte, Friedrichshain, Kreuzberg und Alt-Treptow. Das Projekt beabsichtigte die Ansiedlung von Medien- und Kommunikationsunternehmen und den Bau zahlreicher neuer Gebäude.

Im Sommer 2008 wurde auf die Initiative „Mediaspree versenken“ hin einen Bürgerentscheid durchgeführt. 86,8 der Wähler*innen sprachen sich gegen die Senatspläne für das Gelände aus.

Ein weiterer Erfolg der Bewegung war das Bejubeln der Investor*innen, die sich ihre anvisierten Grundstücke vom Wasser aus angucken wollten. So der Plan. Dann kam es doch ganz an-

ders. Es kam zu einem erhöhten Aufkommen von Pirat*innen-schiffen in der Spree, die die Investor*innen wegjubelten.

Ein anderes Großprojekt Berlins ist der stillgelegte Flughafen Tempelhof. Im Mai 2010 wurde zu einer Besetzung des Flughafengeländes aufgerufen. Der Senat plante hochpreisige Wohnungen auf dem Flugfeld entlang der Neuköllner Seite. Im ehemaligen Flughafengebäude ließ die Senatsverwaltung Diskussionsveranstaltungen mit Expert*innen aus Politik, Wissenschaft und der Immobilienbranche abhalten, um schon mal auf die zukünftige Bebauung einzustimmen. Die 2011 gegründete Initiative 100% Tempelhof wirkte entgegen und gewann im Mai 2014 einen Volksentscheid gegen eine Bebauung des Tempelhofer Feldes.

Das ist unser Haus, ihr kriegt uns hier nicht raus!

Ihr Haus wurde verkauft. Das ist meistens keine gute Nachricht. Denn wer ein Haus kauft, will damit Profit machen, soviel wie möglich. Bezahlen sollen die Mieter_innen. Da gibts nur eins: sich im Haus zusammentun. Denn solidarische Hausgemeinschaften sind eine Verwertungsbremse.

Forster 8, Fulda/Weichsel, Taekker-Häuser, Reiche 114, Linie206, Wax 34, Gleim 52, Kopenhagener 46, Friedel 54, Palisadenpanther, Häuser am Steinberg, Heidelbergerstraße, Skalitzer 142, Schönlein 4, Admiral 18. Um nur einige zu nennen.

Die Leute in den Häusern kennen sich oft nicht, oder nur vom „Hallo“ auf der Treppe. Jetzt wehren sie sich gemeinsam gegen Modernisierung, Mieterhöhung oder Umwandlung in Eigentumswohnungen. Obwohl der Anlass alles andere als angenehm ist, finden viele es schön, daß man sich kennenlernt.

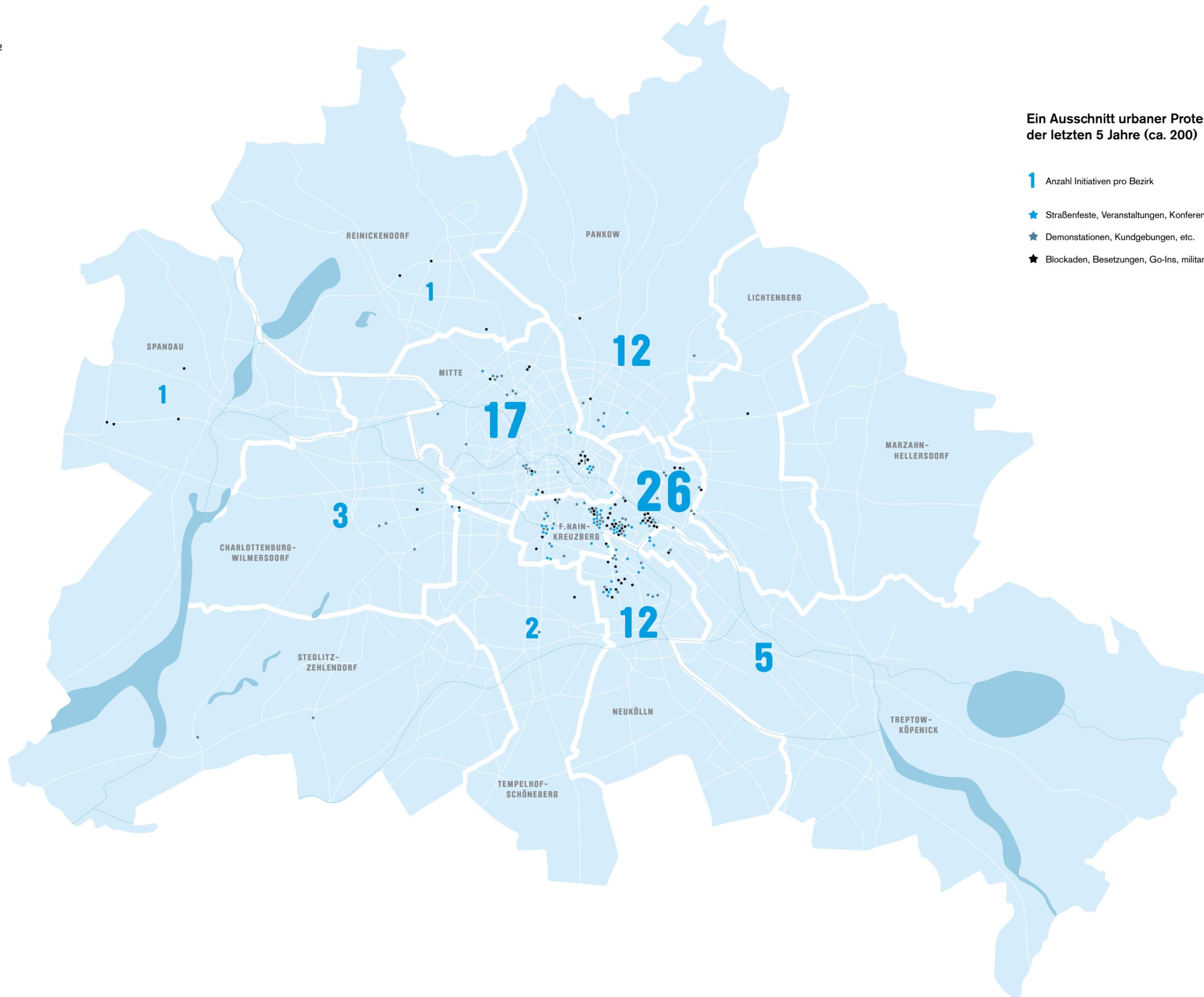
Die Häuser sind ganz unterschiedlich. Ehemals besetzte Häuser, wie die Linie206 oder die Wax34 mit viel widerständiger Erfahrung. Die Palisadenpanther und die Häuser am Steinberg, in denen sich Rentner_innen wehren, die über 100 Taekker-Häuser oder die genossenschaftlichen Häuser der Heidelbergerstraße.

Auch die Eigentümer_innen sind unterschiedlich. Da gibt es die, die es mit allen rechtlichen Möglichkeiten versuchen. Dann die mit dem sanften Druck, der Überredung und Überrumpelung. Andere wollen die Mieter_innen möglichst billig rauskaufen und wissen auf einer Baustelle ist schwer leben. Und dann gibt es die ganz Skrupellosen. Wie z.B. Sascha Klupp, laut Berliner Kurier ein „Brutalsanierer“, oder die Christmann-Unternehmensgruppe, Eigentümerin der Kopenhagener 46.

Zahlreiche Presseartikel, Blogs und der Film „Betongold“ zeigen, dass den Klupps und Christmanns nahezu jedes Mittel recht ist, um die Mieter_innen rauszukriegen und Profit zu ma-

Ein Ausschnitt urbaner Proteste der letzten 5 Jahre (ca. 200)

- 1** Anzahl Initiativen pro Bezirk
- ★ Straßenfeste, Veranstaltungen, Konferenzen, etc.
- ★ Demonstrationen, Kundgebungen, etc.
- ★ Blockaden, Besetzungen, Go-Ins, militante Aktionen etc.





chen. Es gibt die Ankündigung horrender Mieterhöhungen nach der Modernisierung, monatlang Bauplänen vor den Fenstern, Wasserschäden, Drohanrufe, Anschwätzen beim JobCenter bis hin zu einem ungeklärten Brandanschlag. Das ist für die Mieter_innen schwer auszuhalten. Hier ist die Solidarität der Nachbarschaft eine große Hilfe. Aber auch diesen Eigentümer_innen dürften Öffentlichkeit, verlorene Prozesse und Verzögerungen nicht gerade angenehm sein.

Öffentlichkeit und die konsequente Ausschöpfung der Mieterrechte führen oft zu Zugeständnissen der Eigentümer_innen. Verzögerungen bei Modernisierungsvorhaben können bei knapper Kalkulation die Kredite schnell ins Trudeln bringen. Auch gemeinsam Kaufinteressenten zu empfangen, wirkt auf diese nicht gerade einladend. Ganz zu schweigen von den 13, in einer Nacht demolierten, Autos des Immobilienunternehmens Taekker.

Was macht eigentlich die Politik bei diesen ganzen Schweinereien? Bei kleineren nichts, das Recht an Eigentum und Profit steht über allem. Zuletzt wurde mit dem Mietrechtsänderungsgesetz die Durchführung mietpreistreibender energetischer Modernisierungen erheblich vereinfacht. Ansonsten gibt es noch das Baurecht, das sich aber bei Eigentümer_innen mit gewieften Anwälten als stumpfe Waffe erweist. Da bleibt nur was die Leute in den Häusern bereits machen: sich selber organisieren. Ein Vertreter der Berliner Mietergemeinschaft, die Treffen von Hausgemeinschaften organisiert und rechtlich unterstützt, meint: „Sich organisieren und sich gemeinsam wehren hat für alle Mieter_innen im Haus Vorteile. Diese haben in der Regel zwar ganz verschiedene Interessen und finanzielle Möglichkeiten, dennoch gilt: egal ob Mieter_innen die Wohnung kaufen, eine Abfindung annehmen oder bleiben wollen. Gegenüber Investor_innen haben gemeinsam agierende Hausgemeinschaften einfach eine bessere Ausgangslage.“

Freiräume statt Investorenträume

Köpi, NewYorck, Rigaer Straße. Fast jeder in Berlin kennt diese Orte oder zumindest die Namen. Sie und viele mehr sind auch unter dem Label „Freiräume“ bekannt, blicken auf eine lange Geschichte zurück und haben in Zeiten zunehmender sozialer Spaltung Zuwachs bekommen.

Ob Anfang der 1970er die Hallen-Besetzung für ein Jugendzentrum im Märkischen Viertel oder das Georg-von-Rauchhaus. Ob Besetzungen der 1980er in West-Berlin oder der 1990er in Ost-Berlin. Ob Haus, Wagenplatz oder Nachbarschaftsgarten, sie alle ignorieren das Eigentumsrecht. Sie fordern gemeinschaftliche Nutzung anstelle von Privatbesitz. Und fordern damit natürlich den Staat und sein Institutionen heraus. Eine längerfristige Absicherung lässt sich deshalb meist nur über Verträge erreichen.

Wenn die Absicherung erreicht ist, ist damit zwar die brisanteste gesellschaftliche Frage, die des Eigentums, vom Tisch. Aber, es bleibt Raum, für die unterschiedlichsten Formen des Zusammenlebens außerhalb der Mainstreamgesellschaft. Von zusammen gärtnern bis subkulturell punkig. Fast alle sind gegen Rassismus, Homophobie, Sexismus und Kapitalismus. Aber auch hier gilt das richtige Leben im Falschen gibt es nicht. Gesellschaftliche Verhältnisse lassen sich nicht einfach ausblenden, bestenfalls erträglicher gestalten.

Durch Szene-Codes abgeschottet und nur auf sich bezogen – eine Kritik an Freiräumen. Einige öffnen sich durch Kultur- oder Bildungsangebote. Nachbarschaftsgärten sind wohl die offenste Form überhaupt – in der Erde buddeln scheint über alle Grenzen hinweg zu funktionieren. Im Zuge der Gentrification-Debatte gibt es eine weitere Kritik an Freiräumen. Diese würden als Pioniere der Gentrifizierung wirken. Dies ist, genauso wie die der Pionierfunktion von Studenten und Künstlern, eine



Nebelkerze. Solange Wohnen eine Ware ist und Kapital auf der Suche nach Verwertung, ist es egal wer die Pioniere sind, viel interessanter ist, wer die Profiteure sind.

Freiräume sind eine wichtige Ressource im Kampf gegen Verdrängung. Sie bieten unkommerzielle Räume für Treffen und Organisation, haben Widerstandserfahrung und bringen militante Formen der Auseinandersetzung ein, wie z.B. die Actiondays und die Aktionen zur Räumung der Liebig14. Und sie zeigen Alternativen zu Wohnungsmarkt und Miete auf. Darüber hinaus sind die Bewohner_innen oft in vielen Bereichen politisch aktiv, z.B. gegen Nazis und Rassist_innen. Oder sie sind Notlaufpunkte für Geflüchtete oder Roma.

In einer Fabrikrüine am Spreeufer, der Eisfabrik, haben mehrere Jahre bulgarische Wanderarbeiter in kleinen Hütten gelebt. Sie wurden dort von der Polizei geräumt, die Eisfabrik wurde zugemauert und steht seitdem leer. Nach einem wochenlangen, letztlich erfolglosem, politischen Kampf leben die Ex-Eisfabrik-Bewohner_innen jetzt auf der Straße. Einige waren auch eine Zeit lang auf der Cuvrybrache untergekommen. Wie die Eisfabrik ein Filetgrundstück am Spreeufer, das hohe Profite verspricht. Dort lebten sie in Zelten und Hütten ohne sanitäre Einrichtungen mit Aussteigern, Obdachlosen und Geflüchteten. Nach einem Brand wurden alle Bewohner_innen vertrieben, die Brache plattgewalzt, eingezäunt und wartet nun auf die Bebauung mit Luxuslofts.

Waren die Eisfabrik und die Cuvrybrache noch Freiräume? Oder ist es nicht zynisch von Freiräumen zu sprechen wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse den Armen gar keine Wahlmöglichkeit mehr lassen? Egal wie die Antwort ausfällt, sicher ist, die Macht- und Eigentumsstrukturen, die diese Verhältnisse hervorbringen und zunehmend verschärfen, müssen geändert werden. Dazu können Freiräume ein Ausgangspunkt sein.

Abbildung links: Spreeblockade einer Mediaspree-
Investorenfahrt 2008
© Jakob Huber
Rechts: Hausesetzung Schlesische Straße 25, 2011
© neuköllnBild/Umbruch Bildarchiv

You can't evict a movement!

Seit 2012 besetzen Geflüchtete in Berlin Dächer, Plätze, Schulen oder den Fernsehturm. Warum? Um für ihre Forderungen nach Abschaffung der Lager und der Residenzpflicht und dem Stop aller Abschiebungen zu kämpfen.

Nach dem Selbstmord des Geflüchteten Mohammed Rahsepar in Würzburg im Januar 2012 organisierten sich bundesweit verschiedene Geflüchtete. Im September starteten die Geflüchteten in Würzburg und erreichten im Oktober Berlin, wo sie den Oranienplatz in Kreuzberg besetzten und Zelte aufbauten.

Im November 2012 starteten einige der Geflüchteten einen Hungerstreik vor dem Brandenburger Tor. Im Dezember 2012 besetzten Geflüchtete zusammen mit Aktivist_innen die seit 10 Jahren leerstehende Gerhart-Hauptmann-Schule in der Ohlauer Straße und schafften Schlafplätze für Geflüchtete und ein soziales Zentrum namens Irving-Zola-Haus im Flachbau vor der Schule.

Die Geflüchteten und Aktivist_innen organisierten zahlreiche Demonstrationen mit bis zu 7000 Teilnehmer_innen, regelmäßige Plena und Workshops, bundesweite Mobilisierungsbustouren, ein Tribunal auf dem Mariannenplatz, Kundgebungen vor Botschaften aus Nigeria, Sudan, dem Tschad oder der europäischen Kommission am Pariser Platz.

Das selbstbewusste Auftreten der Geflüchteten und ihre zahlreichen Aktionen führten dazu, dass die Belange der Geflüchteten zunehmend in den Medien thematisiert wurden. Zahlreiche Geflüchtete des Oranienplatzes wurden von Journalist_innen interviewt. Sie kreierten einen eigenen Blog asylstrikke.wordpress.com und nutzen diese Plattform für eigene Perspektiven und Klarstellungen.

Als Innensenator Frank Henkel und die Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann die Räumung des Oranienplatzes androhten, stürmten sie die Bezirksverordnetenversammlung in Kreuzberg. Im Folgenden kam es zu Verhandlungen mit Dilek Kolat, der Senatorin für Arbeit, Frauen und Integration. Die Verhandlungsgruppe wurde gespalten und einige Geflüchtete wurden dazu bewegt, sich an der Räumung des Oranienplatzes im April 2014 zu beteiligen. Im Gegenzug wurden Unterkünfte und ein Abschiebestopp versprochen. Die Unterkünfte waren kurzfristig und einige der Geflüchteten bekamen trotzdem später einen Abschiebebescheid. Deswegen wurde das Dach der provisorischen Unterkunft in der Gürtelstraße in Friedrichshain besetzt. Einen Tag nach der Räumung des Oranienplatzes wurde 5 Tage lang ein Baum auf dem Oranienplatz besetzt. In Solidarität traten Geflüchtete in einen Hungerstreik.

Im Mai und Juni 2014 machten viele Geflüchtete einen Protestmarsch von Straßburg nach Brüssel um die Probleme der zunehmenden Abschottung an den Außengrenzen Europas sichtbar zu machen.

Im Juni 2014 kam es zu einer Androhung der Räumung der besetzten Gerhart-Hauptmann-Schule, woraufhin Geflüchtete das Dach der Schule besetzten. Unter dem Motto „You can't evict a movement“ kam es zu Demos, Flyern, Songtexten, Pla-

katen und Solidarität auf der Straße, da der Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg das Gebiet rund um die Ohlauer Str. tagelang sperren ließ.

Im Jahr 2014 besetzte die Gruppe Asylum rights evolution den Berliner Fernsehturm und das DGB-Haus am Wittenbergplatz und eine Gruppe von Refugees besetzte die Thomaskirche am Mariannenplatz.

Rund um den Oranienplatz und die Gerhart-Hauptmann-Schule bildeten sich zahlreiche Gruppen und Bündnisse wie der International Women Space, African Refugees Union, Tchad Youth, „come together“, „My right is your right“, „Refugee Schul- und Unistreik“, „United Neighbours“, „Bündnis für bedingungsloses Bleiberecht“. Außerdem wurde die Zeitschrift „Movement“ herausgegeben und eine wachsende Wanderausstellung „We will rise“ kreiert. Das Bündnis für bedingungsloses Bleiberecht veranstaltete im April 2015 ein Konzert auf dem Oranienplatz, um auf die in Deutschland geplante Asylrechtsverschärfung hinzuweisen und Protest zu mobilisieren.

Nachdem im September 2015 viele syrische Geflüchtete nach Deutschland kamen, wurde versucht, ein ehemaliges Gebäude der Technischen Universität zu besetzen.

Ob Nuriye oder Kalle – wir bleiben alle!

14. 02. 2013, 6.00 Uhr morgens, Lausitzer Straße 8, Berlin-Kreuzberg. Hunderte Polizist_innen sperren den Kiez, insbesondere die Lausitzer Straße ab. 150 Menschen blockieren den Eingang des Hauses, tausend die Straße. Es kommt zu Hubschraubereinsatz, Sperrung der U-Bahn und spontanen Demonstrationen.

Der 14.02.2013 war der zweite Räumungsversuch der fünfköpfigen Familie Gülbol. Der erste war an einer Blockade der Nachbar_innen gescheitert. Der zweite wurde mit einem riesigen Polizeiaufgebot durchgesetzt. Begonnen hatte der Widerstand gegen Zwangsräumungen mit Nuriye Cengiz, deren ehemalige Sozialwohnung in eine Eigentumswohnung umgewandelt wurde. Sie weigerte sich auszuziehen, traf auf Mietaktivist_innen und so kam eine neue Phase stadtpolitischer Kämpfe ins Rollen. Die Zuspitzung der Konflikte und Widersprüche um das Thema Mieten, die Aktionsformen zivilen Ungehorsams, wie Blockaden und Go-Ins, haben große Solidarisierung- und Mobilisierungseffekte.

Das Bündnis Zwangsräumung verhindern ist ein politisches Bündnis. Betroffene und Aktivist_innen wehren sich gemeinsam gegen Zwangsräumung, der gewalttätigsten Form der Verdrängung. Die kapitalistischen Verhältnisse, die Wohnung als Ware, werden als Ursache von Zwangsräumungen thematisiert. Dagegen setzt das Bündnis konkrete Solidarität mit den Menschen, die am meisten von Verdrängung betroffen sind. Das sind nicht nur Mieter_innen sondern auch Refugees der besetzten Ohlauer-Schule oder die bulgarischen Wanderarbeiter_innen, die aus der Eisfabrikuine geräumt wurden.

Politische Aktionen, die den legalen Rahmen des Protestes verlassen, haben ein hohe, mithin sogar positive, Medienreso-



Abbildung: Refugee Protest March, 2012
© Jakob Huber

nanz. So ist es möglich, bisher verschwiegene Themen öffentlich zu machen. Der Staat kennt beim Thema Eigentum aber keinen Spaß und antwortet mit Repression. So gibt es gewalttätige Polizeieinsätze, Einschüchterungsversuche und vielfältige Strafverfahren. Dem wird durch Prozeßbegleitung und finanzielle Unterstützung solidarisch begegnet.

Neben den spektakulären Blockaden und Go-ins macht das Bündnis eine Vielzahl alltäglicher Aktionen. So geht man zusammen mit Betroffenen zu Eigentümer_innen, zu Sozialstadträt_innen, zu Mietgerichtsprozessen und zum JobCenter. Man macht Pressearbeit und verfasst offene Briefe oder Briefe an Politiker_innen und öffentliche Personen. In der Nachbarschaft der Eigentümer_innen wird geflyert und plakatiert. Veranstaltungen, Kiezspaziergänge, Mikrofonikias, Kundgebungen, Demos und ein monatliches Betroffenen-Café werden organisiert. Einige Betroffene sind noch im Bündnis aktiv und unterstützen mit ihrer Erfahrung neu Hinzukommende.

Zwangsräumung verhindern hat sich auch in andere Städten ausgeweitet. Städtische Wohnungsbaugesellschaften haben aus Angst vor Öffentlichkeit ein gutes Dutzend Zwangsräumun-

gen zurückgenommen. Einige Privateigentümer haben Räumungen zumindest aufgeschoben. Durch politischen Druck konnten einige geräumte Mieter_innen Wohnungen in ihren alten Kiezen bekommen. Dies zeigt, daß es durch kontinuierlichen, solidarischen Widerstand auf der Straße eine reelle Chance des Veränderens, des Gewinnens gibt.

Auf die Straße!

Es gibt sie, die Wut über die steigenden Mieten! Um für den Protest zu mobilisieren, organisieren viele Mieter_innen, kämpfende Häuser, stadtpolitische Gruppen, Kiezinitiativen oder Stadtteilläden Demonstrationen, Kundgebungen oder Kiezspaziergänge.

Abbildung: Blockade einer Zwangsräumung, 2014
© heba/Umbruch Bildarchiv



Abbildung: United Neighbours, Demonstration für Bleiberecht und Wohnraum für alle, 2014
© heba/Umbruch Bildarchiv

Die Organisierung gegen Mediaspree führte dazu, dass der Kampf gegen steigende Mieten an Fahrt gewann. Neben dem Protest gegen die Investor_innen während der Spreeparade im Juli 2008 fand im November eine Demo gegen steigende Mieten statt. 2009 demonstrierten in Friedrichshain 5000 Menschen für den Erhalt linker Freiräume und gegen die Stadtumstrukturierung.

Unter dem Motto „Damit noch was zum Essen bleibt!“ fand am 3. September 2011 mit ungefähr 6000 Menschen eine große Demonstration gegen steigende Mieten, Armut und Verdrängung statt. Die Demo hatte eine lange Vorlaufzeit, damit sie in den Kiezen verankern werden konnte und um Zeit für eine breite Mobilisierung zu haben. Die etwa sechs Kilometer lange Route startete am Hermannplatz, ging durch Neukölln, Alt-Treptow, Kreuzberg und endete am Oranienplatz. Es war die größte Mieter_innendemo seit 20 Jahren.

Unter dem Motto „Nimm was dir zusteht!“ demonstrierten in der antikapitalistischen Walpurgisnacht 2012 über 3000 Menschen gegen steigende Mieten, soziale Ausgrenzung und alltäglichen Rassismus.

Kotti & Co organisierte zahlreiche Lärmdemos und rief dazu auf, mit Kochtöpfen auf die steigenden Mieten im sozialen Wohnungsbau aufmerksam zu machen.

Viele Kiezinitiativen in Alt-Treptow, Kreuzberg, Mitte, Wedding, Friedrichshain, Neukölln organisieren Kiezspaziergänge, um über die Umwandlung in ihren Kiezen zu informieren. In Alt-Treptow werden z.B. viele Häuser von Baugruppen geplant. Dadurch wird die Einordnung im Mietspiegel verändert und es kommt zu Mietsteigerungen. Im Schillerkiez steigen die Mieten durch Ferienwohnungen, Sanierungen, Neuvermietungsanschläge und Anpassungen an den Mietspiegel. In vielen Teilen sind Mieter_innen auch durch Umwandlung in Eigentum von Wohnungslosigkeit bedroht.

Ab nach draußen!

Das ist nur die halbe Miete! Um sich zu informieren, was denn die ganze Miete ist, gibt es Straßenfeste, Infostände und Wandzeitungen. Aber eigentlich wollen wir gar nicht die ganze Miete. An der Yorckstraße steht gesprüht: „Wir wollen nicht ein Stück vom Kuchen, wir wollen die ganze Bäckerei!“

Zahlreiche kämpfende Häuser, Nachbarschaften oder Hausprojekte veranstalteten Hoffeste wie in der Schlesischen Straße 25, in der Wilhelmstraße 7, in der Bevernstraße 3 oder vor der Linienstraße 206. Straßenfeste gab es in der Richard-Sorge-Straße, in der Rigaer Str., in der Reichenberger Straßen, in der Hornstraße, in der Weisestraße oder im Wrangelkiez; oder etwa das Straßenfest Suppe & Mucke in Friedrichshain.

Auf den Straßenfesten wird gefeiert und zusammen getanzt. Es gibt Raum, den Stress mit Mietsteigerungen und mit Vermieter_innen und Eigentümer_innen öffentlich zu machen.

Das passiert mit Musik, Redebeiträgen, Broschüren, Flyern, Infotafeln oder kollektivem Kartieren.

Wandzeitungen sind auch eine Methode, Inhalte nach draußen zu tragen. Die Initiative Café Reiche z.B. gestaltete in der Reichenberger Straße eine Wandzeitung. Im Schillerkiez in der Herrfurtsstraße/ Ecke Weisestraße gibt es eine Hauswand für den Mietprotest. Regelmäßig kommen neue Plakate, Informationen, Graffiti hinzu.

Kotti & Co gestaltete im Sommer 2012 zusammen mit den Interbrigadas ein Wandbild gegen steigende Mieten am Gebäude des Südblocks am Kottbusser Tor. Im September 2014 wurde das Fassadenbild „Berlin not for sale“ in der Manteuffelstraße in Kreuzberg eingeweiht. Es setzt sich mit Aufwertung, Verdrängung und Widerstand auseinander: mit der versuchten Räumung der Gerhart-Hauptmann-Schule, den hausgemeinschaften rund um den Heinrichplatz, dem Spreeufer, dem Gececondu am Kottbusser Tor, dem Oranienplatz, dem Gemeinschaftsgarten Ton-Steine-Gärten, dem Carloft in der Reichenberger Straße, der Cuvrybrache, der Lausitzer Straße und dem Kampf gegen



Zwangsräumungen, Mit der Köpi, der Markthalle in der Eisenbahnstraße und der Köpi. Das Fassadenbild von den Kollektiven Pappsatt, Memfarado und Orangotango gestaltet.

Allein machen sie dich ein!

Um gemeinsam zu kämpfen, zu mobilisieren, sich auszutauschen oder um andere Menschen zu informieren, wurden verschiedene Gruppen, Netzwerke und Initiativen gegründet. Sie veranstalteten viele verschiedene Diskussionen, Konferenzen, Workshops, Blogs oder Soli-Partys.

Wir bleiben alle, Steigende Mieten Stoppen, Stadtvernetz, der Berliner Ratschlag, das Bündnis Zwangsräumungen verhindern, Come together, my right is your right, Keine Rendite mit der Miete, das Bündnis solidarische Stadt, die Mietendossiergruppe sind nur einige dieser Initiativen. Sie treffen sich mehr oder weniger regelmäßig, planen Aktionen oder Veranstaltungen.

Die Berliner MieterGemeinschaft organisierte im April 2011 eine Tageskonferenz mit dem Titel „Vorsicht Wohnungsnot!“ im

DGB-Haus. Im November 2012 veranstalteten Kotti & Co, Sozialmieter.de und die Mietendossiergruppe im Abgeordnetenhaus eine Konferenz zu den Mieten im Sozialen Wohnungsbau. Seit Februar 2013 existiert die Veranstaltungsreihe „Wohnen in der Krise- Neoliberalismus, Kämpfe, Perspektiven“ der Berliner MieterGemeinschaft. Es wurden von 2013 bis 2015 Referent_innen aus oder zu Österreich, Schweden, Polen, der Türkei, Enland, Nordrhein-Westphalen, Frankreich, den Niederlanden, Griechenland, Spanien und New Yorck eingeladen. Im Mai 2013 organisierte das Bündnis gegen Lager eine Veranstaltung zum Thema „Lagerland Berlin“, um über die Wohnraumversorgung von Geflüchteten zu diskutieren. Im Juni 2013 wurde die Mietspiegel-Broschüre der WBA-Kampagne herausgegeben. Ebenfalls in dem Monat fand auf dem Mariannenplatz ein Tribunal der Geflüchteten statt. Unter dem Motto „Wem gehört die Stadt“ veranstaltete der Berliner Ratschlag im April 2014 eine dreitägiges Programm mit Workshops, Musik, Informations- und Diskussionsveranstaltungen, um gemeinsame Ideen gegen Mietsteigerungen oder Zwangsräumungen zu entwickeln. Im November 2014 fand im Mehringhof eine Konferenz der Refugee statt.

Ein weiteres Medium zum Mobilisieren und Dokumentieren sind Filme oder Videoclips. Auf vielen Internetseiten gibt es Mitschnitte von Aktionen. Aber auch Filme mit Spielfilmlänge sind entstanden. Der „Mietenstopp“-Dokumentarfilm begleitet die Vorbereitungsgruppe und die mitplanenden Kiezinitiativen und von Mietsteigerungen Betroffene vor der großen Mietendemo im September 2011. Der Film Betongold dokumentiert eine Entmietung. Der Film „Mietrebellen“ zeigt verschiedene Gruppen, Mieter_innen und Hausgemeinschaften, die versuchen gegen die steigenden Mieten und die Verdrängung zu protestieren. Der Film „Verdrängung hat viele Gesichter“ des Filmkollektivs Schwarzer Hahn beschreibt die Verdrängung in Alt-Treptow, wo viele Baugruppen das Erscheinungsbild eines Stadtteils verändert haben.

Neben dem „Mietenstopp“-Blog, dem „Wir bleiben alle“-Blog, dem Zwangsräumungen verhindern-Blog, dem Gentrificationblog oder oplatz.net informieren viele verschiedene Kiezinitiativen oder stadtpolitische Gruppen über Probleme und Proteste in den Kiezen oder über stadtweite Entwicklungen auf eigenen Internetseiten.

Raus aus der Szene

Bei den Mietenprotesten der letzten Jahre fragten viele: „Wo sind eigentlich die Mieter_innen?“ Die standen am Rand, applaudierten und sagten: „Super, dass ihr was macht!“ Aber zu den Treffen kamen sie nur selten oder vereinzelt. Dann kam Kotti&Co und Bizim Kiez.

Bei Kotti&Co organisieren sich seit 2011 die Mieter_innen des südlichen Kottbusser Tors in Berlin-Kreuzberg. Viele sind Migrant_innen aus der Türkei, die bereits seit Jahrzehnten dort leben. Jede zweite Familie muss 40-50% ihres Einkommens für die Miete ausgeben. Die Hochhäuser entstanden im sozialen Wohnungsbau. Eigentümer sind Hermes und GSW. Letzere ehemals städtisch, dann vom Berliner Senat privatisiert und 2014 von der Deutsche Wohnen geschluckt.

Kotti&Co hat Veranstaltungen organisiert, sich mit anderen

Gruppen vernetzt und die Lärmdemo als Aktionsform etabliert. Im Mai 2012 hat Kotti&Co nach einem Straßenfest den Platz vor den Häusern besetzt und eine Hütte errichtet. Bis heute ist das Gecekondü (türk. „nachts hingestellt“) als öffentlich sichtbarer Protestort ein Treff- und Anlaufpunkt für Mieter_innen sowie Ort für vielfältige Veranstaltungen.

Seit Anfang 2015 hat die Wrangelstr. 77 in Berlin-Kreuzberg einen neuen Besitzer. Er will modernisieren, in Eigentumswohnungen umwandeln und möglichst die Mieter_innen loswerden, darunter auch den Gemüseladen Bizim Bakkal (türk. „Unser Laden“), der seit den 1980er dort besteht. Das wollten einige Leute aus dem Kiez verhindern. Soweit nichts ungewöhnliches.

Das aber zur ersten Kiezversammlung an einem Mittwoch Mitte Juni über 100 Leute kamen war ungewöhnlich. Noch ungewöhnlicher war, dass der Protest sich nicht nur verstetigte sondern zunahm. So kamen bis in den September hinein hunderte Menschen – Alteingesessene, Neuzugezogene, Migrant_innen, Alte, Junge – jeden Mittwoch zu einem kulturellen Event mit politischem Einschlag – und das mitten auf der Straße.

Wie bei Kotti&Co war der Protest an einem öffentlichen Ort ein wichtiger Faktor. Hinzu kamen die Regelmäßigkeit, der Laden als starkes, bekanntes Symbol, eine professionelle Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, das offene Mikro und ein vielfältiges Kulturprogramm.

Der Protest führte zur Rücknahme der Kündigung des Ladens. Auch der Eigentümer eines bedrohten Fahrradladens ist plötzlich zu Gesprächen bereit. Ob Bizim-Kiez Verstetigung, Organisation und Ausweitung des Protestes gelingt wird sich zeigen.

Anfang 2015 startete der Mietenvolksentscheid (MVE) über das „Gesetz zur Neuausrichtung der sozialen Wohnraumversorgung in Berlin“. Schon die erste Stufe des Volksentscheids, 20.000 Unterschriften, wurde mit mehr als doppelt so vielen weit übertroffen, obwohl wahrscheinlich die Wenigsten die über 50 Seiten Gesetzestext gelesen hatten. Das Mietenthema ist brisant in Berlin.

Das weiß auch die SPD. Nach der Klatsche beim MVE zum Tempelhoferfeld wollte sie einen weiteren zum Thema Mieten im Wahljahr 2016 unbedingt vermeiden. Das ist ihr auch gelungen indem sie mit Teilen der Aktiven des MVE einen Kompromiss schloss.

Diesen Kompromiss tragen nicht alle Aktiven des MVE. Gab es schon vorher Kritik wie z.B. zu schwache Mieterbeiräte, kommt jetzt noch der Vorwurf intransparenter Verhandlungen hinzu. Eine abschließende Bewertung ist erst bei der Vorlage des SPD-Kompromiss-Gesetzes möglich.

Unterschriften sammeln ist für viele eine einfache Form der Anpolitisierung. Unterschriften in Masse baut Druck auf die Herrschenden auf. Das ist noch keine emanzipatorische Selbstorganisation. Das die aber über die Politszene hinaus möglich ist zeigen, zumindest in Ansätzen, Kotti&Co und Bizim Kiez. Wir können mehr werden.

Wir stören gerne

Stören, blockieren, besetzen, unangemeldet demonstrieren. Das alles ist nicht legal, aber angesichts der Machtverhältnisse legitim – und manchmal auch erfolgreich.

Im März 2012 sollte das BMW Guggenheim Lab auf der Cuvrybrache in Berlin-Kreuzberg stattfinden. Laut Selbstdarstellung ein „Forschungslaboratorium“ zum Thema „urbanes Leben und Wohnen in der Zukunft“. In Wirklichkeit eine Werbeveranstaltung von BMW. „...mit dem BMW Guggenheim Lab, möchten wir jene ansprechen, die heute vielleicht noch keine besondere Affinität zur Marke BMW haben...“ so der Marketingchef der Automobilfirma, deren Eigentümerfamilie Quandt zu den reichsten Deutschlands gehört.

Presse und Politik waren voll der Lobhudelei. Das es beim BMW Lab um Werbung ging und bereits jahrelang über Wohnen, steigende Mieten, Verdrängung und was man dagegen tun kann, diskutiert wurde – woher sollten Presse und Politik das wissen? Kein Wunder, daß sie dann hysterisch wurden als das BMW-Lab sich aus Kreuzberg zurück zog. Einige Anwohner_innen hatten bei der ersten Veranstaltung zur Vorstellung des Lab unmissverständlich klargemacht, dass sie es nicht wollen. Als das BMW Lab dann in Prenzlauer Berg stattfand, wurde offensichtlich welch lächerliches Niveau die Veranstaltungen hatten.

Die Verhinderung des BMW Labs ist ein gutes Beispiel, sich nicht auf einen ungleichen Diskurs einzulassen und nicht der Demokratiesimulation auf den Leim zu gehen, sondern selbstbewußt mit einer direkten Aktion dagegen zu halten. Das Stören von Veranstaltungen ist relativ unaufwändig, einige Recherche im Vorfeld nützlich. Es braucht nicht viele Leute und der Unterhaltungswert ist hoch. So z.B. bei der Infoveranstaltung des Investors zur Bebauung der Cuvrybrache. Auch die Jubelfeier zum Sanierungsgebiet Teutoburger Platz wurde um eine politische Performance bereichert.

In einer ähnliche Liga wie gestörte Veranstaltungen spielen sogenannte Mietenpartys. Dabei werden Immobilienmakler_innen bei der Wohnungsbesichtigung gestört und verstört. Die sogenannte „Lange Nacht der Wohnungsbesichtigungen“ eines Immobiliendienstleisters wollte Wohnungsbesichtigungen zum Event machen. Das ging allerdings auf Grund massiver Proteste nach hinten los und wurde seitdem auch nicht wiederholt.

Sind diese Formen direkter Aktion noch ungefährlich, kommt es bei Blockaden, Besetzungen und unangemeldeten Demonstrationen immer wieder zu Polizeieinsätzen. Dies gefährdet vor allem unerfahrene Teilnehmer_innen, die die Gewalttätigkeit der Polizei und die juristischen Folgen nicht einschätzen können. Aber gut vorbereitete Aktionen lassen niemanden allein. Sie sind solidarisch bis zur Prozeßbegleitung.

Besetzungen sind ein gutes Mittel sowohl die Eigentumsfrage wie auch Skandale, wie die der privatisierten öffentlichen Häuser (GSW23), zu thematisieren. Aktionen wie Fang den Bus bei der der Ausflugsbus einer Immobilitätstagung mehrere Stunden blockiert wurde fanden sogar in der Immobilienzeitung ihren Niederschlag: „...Mit „bitte nicht mehr fotografieren, die



Abbildungen: Aktion auf der „Wem gehört Berlin“-Demonstration, 2013
© heba/Umbruch Bildarchiv



Vorhänge zuziehen und nicht provozieren“ verschoben sich Machtverhältnisse...Vom Verlassen des Busses wurde Anzugsträgern dringend abgeraten...Die Stimmung war zum Teufel.“

Viele dieser Aktionen erfahren große Sympathien und Zustimmung. Denn viele Leute sind unzufrieden mit Demonstrationen und ähnlichen Politikformen, die als Einhegung des Protests in ritualisierte Formen verstanden werden. Für die Teilnehmenden bedeuten direkte Aktionen das Überwinden der Ohnmacht. Gemeinsames Handeln gibt einen Geschmack davon, wie es ist, das Leben in die eigenen Hände zu nehmen.

Nicht erwischen lassen!

Brennende Barrikaden am Rande einer Zwangsräumung, Graffiti am Jobcenter Neukölln, Farbbeutel auf Carlofts: Proteste gegen Aufwertung und Verdrängung richten sich manchmal auch ganz konkret gegen Eigentum und setzen damit die Akteure von Gentrifizierungsprozessen unter Druck.

Die Wohnungskrise in Berlin spitzt sich zu. Ihrem Ärger über diese Zustände machen Betroffene von Mietsteigerungen auf verschiedene Weise Luft: Es finden Demonstrationen und Blockaden statt, Akteur*innen von Verdrängungsprozessen werden besucht und ihr Image medienwirksam geschädigt. Aber die Wut der Mieter*innen äußert sich auch in Widerstand, der sich direkt gegen das Eigentum der Profiteur*innen oder Symbole von Verdrängung richtet.

Ein beliebtes Angriffsziel ist Ziegert Immobilienconsulting GmbH. Im März 2013 besuchten Die Überflüssigen, die auch schon 2010 das Quartiersmanagement Neukölln aufgesucht hat-

ten, den Firmensitz des „Entmietungsprofis Neuköllns“. Ziegert war von Taekker Immobilien damit beauftragt worden, im Graefekiez 100 Wohnungen in Eigentumswohnungen umzuwandeln. Die Gruppe hinterließ mit stinkenden Flüssigkeiten, Farbe und Parolen ein deutliches Zeichen der Kritik. Taekker entzog daraufhin Ziegert den Auftrag. Des weiteren griffen Personen im Mai 2013 die Fassade eines Ziegert Neubaus an. Im April 2014 wurde die Baustelle eines Neubaus gegenüber dem Jobcenter Neukölln in der Nachbarschaft willkommen geheißen: Das Baustellenschild wurde entfernt, der Showroom roch nach dem Besuch nicht mehr so frisch. Der Ziegert Neubau an dieser Stelle gilt als Affront: Wer künftig aus dem Jobcenter tritt, wird auf Luxuslofts blicken, deren Mieter*innen das 10fache des Hartz 4-Regelsatzes bezahlen.

Zudem können militante Aktionen andere Formen des Protests unterstützen: Als im Februar 2013 eine Familie in der Lausitzer Straße 8 in Kreuzberg geräumt werden sollte, war die Nachbarschaft früh morgens auf den Beinen, um das zu verhindern. 850 Polizisten versuchten, die Räumung durchzusetzen. Die zeitgleich brennenden Barrikaden im Kiez waren einerseits eine gelungene Ablenkung der Ordnungskräfte, machten aber auch deutlich: Wenn ihr Menschen aus ihren Wohnungen räumt, nehmen wir das nicht hin.

Regelmäßig werden Luxusneubauten, Carlofts oder den Kiez aufwertende Cafés mit Farbe verschönert oder mit Kritik

Abbildung: Unangemeldete stadtpolitische Demonstration am 1. Mai 2012
© heba/Umbruch Bildarchiv

bedacht. Diese bunten Markierungen und Parolen sorgen dafür, dass die Vorantreiber*innen von Verdrängung in der Stadt nicht länger unsichtbar sind.

Die Berliner Liste** sorgte mit Veröffentlichungen von Kontaktdaten von Akteur*innen von Verdrängung für Furore. Seit April 2013 sammelt die Website diese Informationen und publiziert den radikalen Widerstand dagegen in einem Blog, „bis irgendwann niemand mehr auf dieser Liste stehen möchte“. Besonders zur Zeit der Veröffentlichung des Mietspiegels im Mai 2013 kam es vermehrt zu militanten Aktionen. In der Bervernstraße in Kreuzberg wurde das Fundament eines Neubaus geflutet, in der Rigaerstraße in Friedrichshain gab es einen Brandanschlag. Insgesamt wurden im Mai 2013 vier Neubauten, zwei Amtsgerichte und acht Jobcenter angegriffen. Die Polizei richtete zeitweise eine Ermittler*innengruppe speziell für die Angriffe im Rahmen der Berliner Liste ein.

Eine andere, sehr effektive Protestform ist das Zukleben von Wohnungsschlössern vor Wohnungsbesichtigungen. Im Prenzlauer Berg wurden im September 2013 mit dieser einfachen Technik an einem Tag gleich mehrere neu sanierte leerstehende Altbauwohnungen „dichtgemacht“.

Es gibt natürlich auch Kritik an diesen Protestformen: Sie kann Menschen abschrecken, von sinnvollem Protest distanzieren, einschüchternd wirken. Die Angriffe richten sich allerdings nur gegen Eigentum und Gegenstände, nicht gegen Menschen. Auch von der Presse wird gerne ein Bild blind randalierender linker Chaoten gezeichnet. Diese müssen ihre Aktionen in der Nacht und anonym durchführen, da sie sonst strafrechtlich verfolgt werden können. Es ist wichtig, dass sich der Sinn der Aktionen direkt erschließt. Militanter Protest kann Spielräume eröffnen, die durch „legalen“ Protest nicht zu erreichen sind – wie teuer konkret Zwangsräumungen werden können oder wie der Preis von Neubauten in die Höhe schnellen kann, zeigen solche Aktionen den Profiteur*innen von Gentrifizierung konkret auf.

**berlinerliste.noblogs.org



Abbildung: Plakat aus Kreuzberg, das sich an Zwangsräumer*innen im Kiez richtet.

DIE AUSSTELLUNG



Die Ausstellung „KÄMPFENDE HÜTTEN – Urbane Proteste in Berlin von 1872 bis heute“ fand vom 01. bis 18. Oktober 2015 im TheaterSpielRaum im Bethanien-Südflügel statt. Zu Ausstellung, Veranstaltungen und Filmen kamen mehrere hundert Besucher_innen. Ein Ausstellungskollektiv von politischen Aktivist_innen hat die Erfahrungen städtischer Kämpfe in Vergangenheit und Gegenwart für die Ausstellung aufbereitet, zahlreiche Dokumente gesichtet und einige ausgewählt.

Die Ausstellung wurde ohne Bezahlung erstellt. Die Fotograf_innen haben ihre Fotos sowohl für die Ausstellung wie auch die Broschüre kostenlos zur Verfügung gestellt. Materialkosten wurden vom Netzwerk Selbsthilfe bezahlt. Die Broschüre wurde von der Partei Die Linke unterstützt.

Die Ausstellung wurde bereits an weiteren Orten gezeigt. Sie ist als Wanderausstellung konzipiert. Auf 34 Tafeln, in 5 Themenbereiche gegliedert, werden urbane Proteste konsequent aus Sicht der Betroffenen dargestellt. Und zwar der Betroffenen, die sich gegen gesellschaftliche Verhältnisse wehren.

Die Tafeln sind je 75cm x 100cm groß und mittels Clips und zweier Nägel einfach an der Wand zu befestigen. Texte und Fotos aller Tafeln finden sich auf dem Blog kaempfendehuetten.blogspot.eu. Zu den einzelnen Themenbereichen gibt es zusätzlich je ein Foto A0 bzw. A1, zu den Protesten der Gegenwart eine Sammlung von Plakaten der letzten Jahre und mehrere

Fotos A2. Auch das umfangreiche Programm der Ausstellung findet sich auf unserem Blog. Kontakte zu den einzelnen Programmacher_innen können gerne vermittelt werden.

Wir würden uns freuen, wenn die Ausstellung den Weg in die gegenwärtige und zukünftige soziale Bewegung findet – mit der Leichtigkeit des Moments, Erfahrungen sinnlich aufzunehmen und gemeinsam den nächsten Schritt zu gehen oder wie der Stadtforscher Manuel Castells Anfang der 70er über städtische Bewegungen sagte: „mit einem Schrei voll Leben und Kampf, der die technokratischen Mythen von der Rationalität der Städte übertönt, mit einem Schrei, der daran erinnert, dass auch die Macht über die Stadt von der Straße kommt.“

Euer Ausstellungskollektiv

KÄMPFENDE HÜTTEN –
Urbane Proteste in Berlin von 1872 bis heute
Ausstellung in Bewegung

kaempfendehuetten.blogspot.eu
kaempfendehuetten@riseup.net



Abbildungen links: Aufbau der Ausstellung im TheaterSpielRaum, Oktober 2015 © Klaus Rudolf Bittl
Abbildung: Zur Ausstellungseröffnung Weber-Herzog Musiktheater mit „Friede den Hütten, Krieg den Palästen!“ © Klaus Rudolf Bittl





KÄMPFENDE HÜTTEN –

Urbane Proteste in Berlin von 1872 bis heute
Ausstellung / Veranstaltungen / Filme / 1.–18.10.15

Ort: TheaterSpielRaum,
Bethanien-Südflügel
Mariannenplatz 2B,
10997 Berlin-Kreuzberg

Programm 1.–18.10.15:

Do 1.10. Vernissage mit Kulturprogramm

„Friede den Hütten, Krieg den Palästen!“, Musiktheater von Christa Weber und Christof Herzog

Fr 2.10. / 45 Jahre Hausbesetzungen in Berlin

Ein kleiner Abriss der Geschichte Berliner Hausbesetzungen in den letzten 46 Jahren von 1969 bis 2015 mit Kurzclips, Videos und Beiträgen einzelner Akteur*innen unterschiedlicher Epochen mit anschließender Diskussion und Debatte.

Sa 3.10. / Stadtteilarbeit und Frauenfilm

Am Beispiel des Films „Für Frauen – 1. Kapitel“ mit der Filmemacherin Christina Perincioli / Film und Lesung

So 4.10. / Einladung zum Treffen der Stadtteilgruppen, MieterInnenInitiativen, Einzelkämpfer_innen

Fr 9.10. / 19 Uhr / Die Anfänge der Berliner Mieter_innenbewegung 1872-1933

Steigende Mieten und Spekulation sind kein neues Phänomen in Berlin. Auch im 19. Jahrhundert wehrten sich Mieter_innen gegen die Verwertung ihres Wohnraums / Führung

Sa 10.10. / 15-17 Uhr / Bewegung wird gemacht – der Beginn der Westberliner Hausbesetzungsbewegung 79/80 Stadtführung mit einem „Protagonisten“

„Turm“, Fraenkelufer, Heinrichplatz. Mit der Besetzung des Turms begann im September 79 eine neue Welle von Hausbesetzungen in Kreuzberg 36. Mit Besetzerrat, Unterstützer_innen und Neubesetzungen organisierte sich 80 eine neue Bewegung. Am 12.12.80 verhinderten die Bullen eine Neubesetzung am Fraenkelufer und provozierten die ersten Straßenschlachten. Die Bewegung verbreiterte sich rasant und im Mai 81 waren 168 Häuser besetzt...

Treffpunkt: Vor der Ausstellung

Sa 10.10. 19 Uhr / „Verdrängung hat viele Gesichter“

Dokumentarfilm, 94 min, Berlin

Film in Anwesenheit der Filmemacher_innen mit anschließender Diskussion & Resumee 6 Jahre „radikale Stadtteilarbeit“

So 11.10. 14-17 Uhr / Berlin in Bewegung –

auf den Spuren von Protest und Widerstand der Migration

Stadt ist Migration, Migration ist ein turbulenter Prozess von Eingrenzung, Ausschluss, Hybridisierung, Differenzierung, kollidierenden Interessen und affektiver Solidarität. Bei der Fahrradtour werden wir versuchen, die Stadtgeschichte von Berlin als Migrationsgeschichte auszuloten.

Treffpunkt: Vor der Ausstellung

Do 15.10. 19 Uhr / Hausbesetzungen in Ostberlin / Erzählcafe

Fr 16.10. 19 Uhr / „Wohnen in der Krise“ – Internationale Kämpfe

Fr 16.10. / 19-21 Uhr / Archiv-Sammeltag zum Thema Hausbesetzungen

Am Freitag, 16. Oktober 2015 von 19-21 Uhr kannst Du uns Dokumente zu stadtpolitischen Kämpfen vorbeibringen, die noch in Deiner Privat-Sammlung, bei Freund*innen oder im Hausprojekts-Keller vergraben sind. Bring uns Flugblätter, Besetzungserklärungen, Fotos, Protest-Sticker oder anderes...

Sa 17.10. / 19 Uhr / „Mietrebellin“ in Anwesenheit des Filmemachers Matthias Coers

Danach gemeinsames Singen ihres Protestliedes nach der Melodie von „Bella Ciao“ mit den Senior_innen des Hansa-Ufer 5, die sich gegen ihre Raussanierung durch den Immobilienkonzern Akelius wehren (www.hansa-ufer-5.de)

So 18.10. / 14.00 Uhr / Stadtführung:

„Anarchismus in Kreuzberg bis 1933“

Treffpunkt: 14.00 Uhr vor Oppelner Straße 45 (nahe U-Bhf. Schlesisches Tor) / Veranstalter: Gustav Landauer Denkmal Initiative (www.gustav-landauer.org) / Die Führung endet ca. 17.00 Uhr in der Ausstellung

So 18.10. / 18.00 Uhr / Finissage mit Kulturprogramm

Lese-Kollage „kommune (t)räume“, Konzert mit Lennard Körper (Akkordeon), Musik-Clips und Bericht aus der Gezi-Bewegung, Abschluss-Party

Abbildung S. 48-49: Ausstellungseröffnung

© Klaus Rudolf Bittl

Oben: Veranstaltung „Die Anfänge der Berliner Mieter_innenbewegung 1872-1933“ © Klaus Rudolf Bittl
Lese-Kollage „kommune (t)räume“ zur Finissage
© Klaus Rudolf Bittl



KÄMPFENDE HÜTTEN

URBANE PROTESTE IN BERLIN
VON 1872 BIS HEUTE